Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92 wo keine Post am Orte Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 35 Pfg.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 260. | Mittwoch, den 6. November 1907. | 18. Jahrgang.

Die Schnaps-Milliarde.

Orakelhaft beginnt die Regierung sich über die Fuselmonnopolpläne zu äußern. Das „Berliner Tageblatt“ hat bei seinen Mitteilungen über die Einzelheiten der jetzt im Reichsschatzamt liegenden Branntweinmonopolvorlage berechnet, daß zur Abfindung von etwa 80 großen und 100 kleinen Spritfabriken, ferner zur Uebernahme der Lagerhäuser, Kessel, Wagen, Fässer aus den Betrieben der Großhändler ein Gesamtbetrag von etwa 1000 Millionen Mark erforderlich sein werde. Diese Schätzung hat es der Regierung angetan. Sie läßt in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, wie schon mitgeteilt, erklären:

„Die Angabe, daß seitens des Reichs etwa 1000 Millionen Mark zur Einführung des Reichs-Branntweinmonopols erforderlich seien, steht in keiner Weise mit den Grundzügen im Einklange, von denen man im Reichsschatzamte bei den Erwägungen ausgegangen ist, wie etwa wohl die Grundlagen für ein Reichs-Branntweinmonopol zu gestalten sein möchten, wenn man genötigt sein sollte, der Frage seiner Einführung näher zu treten. Nach jenen Grundzügen könnten Aufwendungen in einer so maßlosen, übertriebenen Höhe niemals in Frage kommen.“

Das scheinbare Dementi ist garnicht der Widerlegung der Tageblattmeldung gewidmet, es soll nur den Zweck verfolgen, die tollgewordene Spekulation etwas zu dämpfen. Vor der Veröffentlichung der Regierungserklärung hat ein Börsenblatt in der Sonnabend-Morgenausgabe den Nachweis zu führen versucht, daß die Kurse der Spritaktien bereits so hoch getrieben sind, daß sie sich für einzelne Werte höher stellen, als die Verstaatlichungskurse voraussichtlich betragen werden. Mehrere Spritaktien sind denn auch auf diese Notiz hin im Kurse gewichen. Dem Volke Aufschlüsse über die Monopolpläne zu geben, hält die Regierung weiter für durchaus überflüssig, sie macht ihre dunklen Andeutungen nur aus Furcht vor den Folgen der von ihr entfesselten Spekulation. Der Preis, zu dem die Regierung die Aktien der Spritfabriken übernehmen wird, sichert den Aktionären zweifellos einen ganz gewaltigen Gewinn, sind doch einzelne Aktien in wenigen Wochen bis 100 Prozent gestiegen, doch so übertrieben hoch der Uebernahmepreis auch sein mag, die Spekulation bemüht sich, die Kurse noch viel höher zu treiben. Bestimmte Interessentengruppen, die die Absichten der Regierung kennen, werden ihre Aktien, wenn der geplante Uebernahmekurs erreicht ist, wieder verkaufen, die späteren Käufer werden sich natürlich dann in ihren Hoffnungen getäuscht sehen. Hintergangen und geschädigt sind auch die früheren Besitzer von Spritaktien, die in Unkenntnis der Vorgänge ihren Aktienbesitz an eingeweihte Käufer zu billigen Kursen veräußerten. Selbst vom kapitalistischen Standpunkt aus muß die Art, in der die Regierung das Branntweinmonopol durchführen will, Verurteilung finden. Weit schlimmer aber ist es, daß die Regierung durch das von ihr entfachte Spekulationstreiben den Uebernahmepreis für die Spritfabriken über alle Maßen gesteigert hat. Eine rechtzeitige offene Ankündigung der Monopolpläne hätte den Erwerb zu niedrigeren Preisen gesichert, denn bei ihrer offenen, ohne Rücksichten auf Jobberneigungen betriebenen, nur von Kapitalsinteressen geleiteten Haltung wird sie bei der Uebernahme der in Frage kommenden Aktien den ganz unberechtigten Kurssteigerungen doch Rechnung tragen. Die großen Spiritusherren hätten sich bei einem solchen Verfahren allerdings etwas weniger auf Kosten der uneingeweihten Aktionäre bereichern können.

Politische Uebersicht.

Ein Arbeiterbudget. Das Budget einer Arbeiterfamilie in Weimar, wie es vom Stadtrat Heller in der letzten Sitzung des Gemeinderates vorgetragen und fein säuberlich im Wege der Vervielfältigung im Gemeinderatssaale verteilt wurde, ist gewiß wert, auch in weiteren Kreisen bekannt zu werden. Der gute Mann will durchaus damit nicht sagen, daß mit den darin gehaltenen Sätzen eine Familie auskommen soll. Er erklärte selbst, daß es kein Notschrei sein solle, vielmehr habe er die Aufstellung gemacht, um zu beweisen, daß eine mäßige Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter angebracht sei. Doch lassen wir den Herrn Stadtrat selbst sprechen und schreiben:

Budget einer Arbeiterfamilie in Weimar,

die aus Mann, Frau und drei Kindern besteht. Es wird angenommen, daß der Mann das ganze Jahr hindurch Arbeit hat und dafür 3 Mk. pro Tag, beziehentlich 18 Mk. pro Woche Lohn erhält. Die Frau beschäftigt sich mit Aufwartungen und bezieht dafür 12 Mk. pro Monat. Der Verdienst der Familie beläuft sich also auf 52 mal 18 = 936 Mk. und 12 mal 12 = 141 Mk., in Summa auf 1080 M.

Der Aufwand wird sich pro Tag folgendermaßen stellen:

Frühkaffee: 5 mal 2 Pf. Semmeln: 10 Pf., 100 Gramm Kaffee: 10 Pf., Milch 5 Pf., zusamen 25 Pf.

Frühstück: 5 mal 5 Pf. Brot: 25 Pf., 5 mal 5 Pf. Butter oder Fett: 25 Pf., zusammen 50 Pf.

Mittagbrot: 2 Suppen mit Fleisch, à 18 Pf.: 36 Pf., 3 Suppen ohne Fleisch à 9 Pf.: 27 Pf., Brot 10 Pf., zusammen 73 Pf. Im Selbstbereitungsfalle des Mittagbrotes ½ Pfund Fleisch mit Reis, Graupen oder Gemüse.

Nachmittagskaffee: Vesper ausgeschlossen. 10 Pf.

Abendbrot: 5 mal 5 Pf. Brot: 25 Pf., 5 mal 5 Pf. Zutat, in Butter, Käse, Wurst oder Suppe und Kartoffeln bestehend: 25 Pf. zusammen 50 Pf.

Miete: 120 Mk. pro Jahr, täglich 33 Pf.

Schulgeld: für 2 Kinder einschließlich der Bücher: 14.60 Mk., pro Tag 4 Pf.

Wäsche, Kleider, Schuhe: 90 Mk. pro Jahr, täglich 25 Pf.

Kranken- und Invalidenkassenbeiträge: 9 Mk. die Frau und 12.90 der Mann, täglich 6 Pf.

Licht und Heizung: in 5 Monaten 20 Mk., täglich 6 Pf.

Ein Glas Bier pro Tag: 13 Pf., pro Jahr 47,25 Mk.

Steuern und Tageblatt: 3.25 Mk. pro Jahr, täglich 1 Pf.

Aufwand pro Tag: 2.96 Mk. mal 365 gleich 1080 Mk. und 40 Pfennig

Der Herr Stadtrat rechnet also in seinem Wohlwollen gegenüber den städtischen Arbeitern immer noch ein Defizit von 40 Pfg. pro Jahr heraus. Nun stimmt aber die ganze Aufmachung noch nicht Kaffee pro Pfund für 50 Pfg. gibts einfach nicht. Die Steuern für Staat und Gemeinde belaufen sich allein schon auf 18 Mk. in der Stadt Weimar, bei dem zugrunde gelegten Einkommen. Ein Logis für 120 Mk., in dem fünf Personen kampieren sollen, gibts in Weimar nicht. Und so geht es weiter. Dabei hat der Herr Stadtrat gar nicht rosig gemalt. Noch viel trauriger stellt sich das Resultat in der Praxis. Die ganze Aufmachung beweist, daß diese Kreise keine blasse Ahnung von den wirtschaftlichen Verhältnissen haben. Kommen die Arbeiter aufgrund einer solchen Aufstellung mit Lohnforderungen, dann klingt ihnen gerade aus jenen Kreisen entgegen, daß sie unerfüllbare Forderungen aufstellen, und daß nur die Begehrlichkeit der Arbeiter an ihrer Unzufriedenheit die Schuld trage. Nun hat sich einmal ein Stadtrat die Mühe gegeben, auszurechnen, wie eine Arbeiterfamilie leben muß und — die ganze schöne Rechnung stimmt nicht. Denn ein großer Teil der Arbeiter verdient nicht einmal 1080 Mark und — eine ganze Anzahl notwendiger Ausgaben sind garnicht berücksichtigt worden.

Der liberalen „Einigungs“versammlung in Frankfurt am Main bereitet die „Breslauer Zeitung“, mit Recht kürzlich als das reaktionärste Organ der Volkspartei gekennzeichnet, ein vielversprechendes Vorspiel. Sie verteidigt die Ablehnung der Diskussionsfreiheit in dieser Versammlung liberaler Männer mit folgenden Heugabel-Argumenten:

Die Parteigenossen nicht nur Berlins, sondern des ganzen Reichs, sind (im Zirkus Busch) zusammengekommen, um in einer der stattlichsten Versammlungen, die je eine Partei abgehalten, nach außen hin ihre Geschlossenheit und Stärke zu dokumentieren. Es ist eine Versammlung, in der geschulte Politiker das stärkste Kontigent stellen, und in dieser Versammlung soll dann dem Zufall vollkommen freie Hand gelassen werden: es soll irgend ein **blöder Piefke** oder ein **bösartiger Nationalsozialer** im Bunde mit seinen Genossen das Recht haben, auf Grund der ihnen gewährten Redefreiheit entweder die ganze Versammlung **auseinander zu langweilen**, oder durch die **perfiden Giftmicheleien**, wie wir sie von jener Gesellschaft gewöhnt sind, einen Radau zu inszenieren, und womöglich die Versammlung zu sprengen. Dieses Vergnügen nun haben wir jenen Herren freilich nicht gemacht, und nach dem glänzenden Verlauf jener Versammlung verstummten dann auch jene Leute allmählich, freilich nur, um jetzt angesichts der bevorstehenden Frankfurter Versammlung der drei Parteien mit denselben Intrigen wieder zu beginnen. Was von der gewünschten Intrigen-Freiheit für die Zirkus Busch-Versammlung galt, gilt selbstverständlich ebenso auch von der Frankfurter Versammlung, und da lesen wir nun in einer gestrigen Nummer des „Berliner Tageblatts“ folgende Notiz:

„Zur Frankfurter Einigungsversammlung erhalten wir vom Reichstagsabgeordneten Georg Gothein folgende Zuschrift aus Abbazia, 29. Oktober:

Von einer Reise nach Dalmatien zurückkehrend, lese ich zu meinem größten Erstaunen in der Zeitung, der liberale Einigungsausschuß habe beschlossen, in der in Frankfurt a. M. abzuhaltenden öffentlichen Versammlung die Diskussion auszuschließen.

Ich kann an einen solchen Beschluß nicht glauben, da er eine Nichtachtung der Wähler bedeuten würde, wie sie mit dem Wesen des Liberalismus unvereinbar ist. Jedenfalls würde ich, wenn ein solcher Beschluß wirklich gefaßt sein sollte, mich an einer solchen Versammlung nicht beteiligen können.

Für den Fall, daß sich inzwischen nicht die Unrichtigkeit der Mitteilung herausgestellt haben sollte, bitte die geehrte Redaktion ich um Veröffentlichung vorstehender Erklärung.

Georg Gothein.“

Also selbst von Abbazia aus muß Herr Gothein seine Anlage zu Quertreibereien schleunigst bekunden. Der ganze Schmerz ist natürlich der, daß Herr Gothein und sein Freund

---

Ein Frauenschicksal.

Sozialer Zeitroman von Eliza Orzeszko.
Einzig autorisierte Uebersetzung von Leonhard Britzen.

41] (Nachdruck verboten.)

„Sie haben gestern gefehlt, Frau Swizla?“

Als Martha ihren Namen nennen hörte, sah sie auf.

„Wünschen Sie etwas?“ frug sie.

„Sie haben gestern gefehlt?“

„Ja“, entgegnete Martha, „ich hatte einige notwendige Angelegenheiten zu erledigen.“

„Das Ausbleiben der Arbeiterinnen schadet dem Fortgange des Geschäftes.“

Martha schwieg und vertiefte sich wieder in ihre Arbeit.

„Ich habe Sie gestern in der Stadt gesehen, Frau Swizla“, begann die alte Schwetz wieder, „Sie standen an den Stufen der Kreuzkirche in Gesellschaft von zwei Personen.“

Martha entgegnete nichts; was die Frau sagte, beruhte ja auf vollkommener Wahrheit.

„Ich kenne die beiden Personen, mit denen Sie gestern in der Stadt sprachen. Das Mädchen hat vor einigen Jahren hier bei uns gearbeitet, doch nur kurze Zeit; ich habe sehr bald herausgefunden, daß ihr Umgang für meine Arbeiterinnen verderblich werden könnte, und habe sie deshalb entlassen. Kennen Sie die Person näher, Frau Swizla? Es ist ein gefährlicher Umgang!“

„Nicht für mich“, entgegnete Martha. Sie sah nicht auf, aber aus ihrer bebenden Stimme klang der beleidigte weibliche Stolz.

„Oh“, begann die Schwetz wieder, „man darf sich nicht zu viel vertrauen. Hochmut kommt vor dem Fall. Besser bewahrt als beklagt. Gehört Herr C. auch zu Ihrem näheren Bekanntenkreise?“

Der scharfe Klang der Scheere verstummte einen Augenblick und das Fräulein bemerkte:

„Jedenfalls wird Herr C. ein naher Bekannter von Frau Swizla sein, da sie täglich in seiner Gesellschaft zu sehen ist.“

Wie ein Natterbiß trafen diese spitzen Worte das arme Weib. Sie richtete sich kerzengerade in die Höhe und frug, um sich blickend:

„Was wollen Sie damit sagen?“

Die Arbeiterinnen hatten alle die Blicke auf sie gerichtet. Die einen sahen bedauernd, die anderen spöttisch, noch andere neugierig drein. Martha war einen Augenblick wie versteinert, bis nach und nach heiße Röte ihr Antlitz färbte.

„Nur nicht so hitzig, liebe Frau, nicht so hitzig! Ich bin seit zwanzig Jahren Vorsteherin dieses Geschäftes, in dem jederzeit eine große Anzahl weiblicher Personen arbeitet, ich habe also meine Erfahrungen. Auch kenne ich die Pflichten, die mir die Vorsehung hinsichtlich der mir anvertrauten Seelen auferlegt hat, ich darf nicht gleichgiltig bleiben, wenn eine derselben sich einer Gefahr aussetzt. Ich habe Töchter und junge Enkelinnen in meinem Hause, was würde die Welt sagen, wenn, was Gott verhüten wolle, meine Anstalt das Beispiel der Verderbnis gäbe. Die Fenster der Wohnung unserer Beschützerin und hervorragendsten Wohltäterin, der gottesfürchtigen Frau C., führen nach diesem Hof. Heiliger Gott! Was soll diese edle Frau von uns denken, wenn sie bemerkt, daß eine meiner Arbeiterinnen sich von einem stadtbekannten jungen Kavalier bis dicht an die Türe begleiten läßt. Mein Gott, sie hat es am Ende schon bemerkt. Was soll ich unserer Beschützerin sagen, wenn sie mich darum befrägt? Daß ich die Arbeiterin fortgeschickt habe? Das verträgt sich am Ende nicht ganz mit der christlichen Milde und Barmherzigkeit. . . .“

„Sie werden ihr sagen, daß die Arbeiterin, die das Unglück hatte, hier auf dem Hofe dem stadtbekannten jungen Kavalier zu begegnen, ihren Platz hier freiwillig geräumt hat.“

Mit volltönender Stimme, die bis in die fernsten Winkel des Raumes drang, sprach Martha diese Worte. Sie stand auf und trat mit erhobener Stirn dicht vor die Schwetz hin.

„Ich bin eine sehr, sehr arme Frau, aber ich bin anständig und nichts gibt Ihnen das Recht, so zu mir zu sprechen. Nicht die Vorsehung hat mich hierher gebracht und in Ihren Schutz gegeben, sondern meine eigene Unfähigkeit. Ich bin so weit gekommen, weil ich anderes zu leisten nicht die Fähigkeit besitze. Sie wußten das ganz gut und haben aus diesem Umstande vortrefflich Nutzen zu ziehen verstanden. Meine Arbeit ist bei weitem mehr wert, als ich dafür erhalte — doch nicht davon wollte ich sprechen. Wir haben ein Uebereinkommen getroffen, ich habe es eingehalten. Das Elend muß ich ertragen, aber so schwere Beleidigung, nein, das kann ich trotz alledem nicht, jetzt noch nicht! Leben Sie wohl!“

Sie nahm ihr Tuch und verließ das Haus. Die Arbeiterinnen folgten ihr mit den Blicken, in denen sich bald Sympathie und Genugtuung, vielfach auch Mitleid und Erstaunen malte.

Alle Erfahrungen, die Martha im Laufe des gestrigen Tages gemacht hatte das erniedrigende Anerbieten ihrer eben wiedergefundenen Jugendfreundin, die schlaflose Nacht, die sie unter heißen Tränen zugebracht, und schließlich die Begegnung mit dem jungen Manne, von dem sie wußte, daß er mit so schamlosen nahe tretenden Gedanken ihrer harrte und sie verfolgte, hatten sie in die fieberhafte Aufregung versetzt, die nur des leisesten Anstoßes harrte, um loszubrechen. Die Angriffe der Schwetz waren der Funke, der die Mine entzündete. Die allzustraff gespannten Saiten ihres tiefgekränkten Gemütes sprangen und machten sich in schmerzlicher Entrüstung Luft. Tat sie wohl daran, ihrem Impulse zu folgen, und indem sie ihre Menschen- und Frauenwürde wahrte, der Frau, die ihr so nahe getreten war, den letzten Bissen Brotes vor die Tür zu werfen? Sie gab sich keine Rechenschaft darüber, sie war sich dessen kaum klar bewußt, als sie jetzt eiligen Schrittes das Haus verließ.

Kaum war sie jedoch aus dem Haustor herausgetreten, als sie wie von einer schrecklichen Erscheinung gebannt, einen Augenblick still hielt, während Leichenblässe ihr Antlitz bedeckte. Hier stand ihr Verfolger und plauderte mit einem Herrn, der eben die Treppe herabgekommen zu sein schien. Martha versuchte unbemerkt vorüber zu kommen, aber wann wäre je das Wild dem scharfen Auge des Jägers entkommen?

„Sie selbst!“ rief freudestrahlend der junge Herr, „welch unverhofftes Glück! Ich dachte wahrlich nicht, daß Sie heute so früh schon diese Hölle verlassen würden, die (hier dämpfte er die Stimme), mir seit kurzem freilich ein Paradies erscheint, nach dem ich schmachte.“

Mit einem Seitenblick auf Martha und einem nicht gerade für sie sehr schmeichelhaften zweideutigen Blicke ging der Gefährte des jungen Herrn seines Weges. Martha stand wie angenagelt und konnte kein Glied rühren, nur ihre Augen funkelten.

„Was wollen Sie von mir?“ rief sie.

„Sie haben mich vor kaum einer Viertelstunde mit harten Worten zurückgewiesen, verehrte Frau, aber ich verliere die Hoffnung nicht, daß meine Ausdauer . . . .“

„Was wollen Sie von mir?“ rief sie mit kaum zurückgewonnener Stimme. „Ja, ich habe diese Hölle verlassen, die jedoch der letzte Bissen Brotes, die letzte Möglichkeit des Erwerbes für mich und mein Kind birgt. Sie, Herr, tragen die Schuld daran! Mit welchem Rechte treten Sie in unsere Wege, die ohnehin dornenvoll genug sind? Habt Ihr Männer kein Herz und kein Gewissen, daß ihr uns unglückliche Geschöpfe verfolgt, die wir ohnehin kein Fleck Erde unser Eigen nennen? O, Euch wird nichts Schlimmes widerfahren, die Welt wird Euch deswegen nicht tadeln. Wir verlieren unseren ehrlichen Namen, unseren letzten Bissen Brot, Ihr habt dabei einen fröhlichen Zeitvertreib.“

Sie sprach atemlos und mit schneidendem Spott in der Stimme.

„Ja, einen Zeitvertreib“, sagte sie, indem ein schmerzliches Lächeln über ihre Züge glitt, „und was für Euch ein Spiel ist, das geht uns Unglücklichen ans Leben.“

Während der junge Herr ganz starr vor Erstaunen da stand, wendete sie sich und war im nächsten Augenblicke verschwunden.

(Fortsetzung folgt.)

Barth als Redner für die Frankfurter Versammlung nicht vorgesehen sind, während diese beiden Herren ja bekanntlich stets der Meinung sind, daß ein Weltuntergang zu befürchten sei, wenn sie bei irgend einer Gelegenheit einmal nicht reden.

Das ist eine reichlich starke Einigungssauce, selbst wenn man das zu Exzessen neigende Gemüt des Verfassers Oehlke berücksichtigt. Der rauflustige Herr ist augenblicklich wieder einmal mit der klerikalen Volkszeitung fertig und da sich in anderen Parteien niemand mehr mit ihm abgeben will, muß der eigene Parteigenosse sich die Haare zausen und Derbheiten sagen lassen, die man bei uns mit dem Allgemeinbegriff „Sauherdenton" umfassen würde. Schöne Aussichten für die Einigkeit!

Die „spontanen Kundgebungen des deutschen Volkes", die in der Wahlnacht vor dem Reichskanzler- und dem Kaiserpalais stattgefunden hatten, stellen sich, je mehr man sie betrachtet, als künstliche Veranstaltungen geschickter Theatermacher dar. Das ist zwar von der sozialdemokratischen Presse sofort vermutet, von den patriotischen Gegnern aber stramm abgestritten worden — bis jetzt die Macher selbst in einer schwachen Stunde die Tatsache zugestehen. Die „Deutsche Handelswacht", das Organ des antisemitischen „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes" läßt sich stolz vernehmen:

„Das ist das Werk des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, der überhaupt in der Bearbeitung der öffentlichen Meinung eine fabelhafte Gewandtheit zeigt. **Auch die bekannten Massendemonstrationen vor dem Reichskanzlerpalais und dem königlichen Schloß** in der Wahlnacht **des vergangenen Winters** waren **das Ergebnis einer Schar geschickt unter das Publikum verteilter deutschnationaler Handlungsgehilfen.**"

„Geschickt unter das Publikum verteilte deutschnationale Handlungsgehilfen" haben also diese „spontane Kundgebung der deutschen Volksseele" künstlich gemacht, was zu erfahren uns sehr lieb, den Gefeierten aber sicher weniger erfreulich sein wird. Auch das „Berliner Tageblatt" meint ärgerlich: „Wenn der deutsche Reichskanzler seine nächtlichen Reden vor einer Schar antisemitischer Handlungsgehilfen gehalten, so mag das allenfalls hingehen. Aber wenn man den Deutschen Kaiser durch angestellte Claqueure an das Schloßfenster gelockt hat, so ist das der Gipfel cynischer Verwegenheit."

Wir haben natürlich keinen Grund, uns diesem Aerger anzuschließen, aber immerhin können wir nicht umhin, möglichst weiten Volkskreisen die Kenntnis davon zu vermitteln, wie monarchische Kundgebungen des „Volkes von Berlin" zustande kommen. Für zukünftige Fälle zu merken!

Weshalb im Moltke-Harden-Prozeß jetzt nachträglich die Staatsanwaltschaft eingeschritten ist, darüber glaubt die „Frankf. Ztg." folgende Angaben machen zu können:

„Unmittelbar nach der Urteilsfällung des Schöffengerichts war die Berliner Staatsanwaltschaft in eine Beratung darüber eingetreten, ob entsprechend dem öffentlichen Charakter, den der Prozeß angenommen habe, nachträglich von Amts wegen der Prozeß übernommen werden solle, und bevor noch diese Erwägungen zu einem Entschluß führten, hat der Justizminister als oberster Chef der Anklagebehörde die Staatsanwaltschaft angewiesen, das öffentliche Verfahren gegen Harden einzuleiten."

Diese Anordnung von „oben" wird im Volke kaum ein besonderes Zutrauen zur Rechtspflege wecken. Schon deshalb nicht, weil alle Welt bezweifelt, daß auch bei einer Verurteilung Hardens die Weiterverfolgung der Sache im öffentlichen Interesse erfolgt wäre. Dunkle Andeutungen über politische Folgen des Hardenprozesses macht die klerikale „Köln. Volksztg.". Sie schreibt:

Ganz sicher ist auch, daß in den höchsten politischen Regionen jetzt allerlei vorgeht, wovon die breite Masse nichts oder nur wenig erfährt. Es wird versichert, daß der Kaiser den Vorkommnissen der letzten Tage doch nicht unwesentlich anders gegenübersteht, als in der Presse verlautete. Und was in politischer Beziehung nach der „Eulenburg-Kamarilla" kommt, bezw. ob und durch welche politische Kreise sie ersetzt wird, das sollte man erst einmal abwarten. Es könnten der Welt da allerhand Ueberraschungen bevorstehen. Sehr witterungskundige Politiker in vornehmen Kreisen behaupten mit Bestimmtheit, daß der Moltke-Harden-Prozeß das bei weitem bedeutsamste politische Ereignis nach Bismarcks Entlassung in Deutschland darstelle, und daß das „dicke Ende" noch nachkommen werde.

Wir sind neugierig, wie das dicke Ende aussieht, soll es vielleicht ein großes Reinemachen sein?

Das Denunziantentum in hohen Kreisen dessen geschäftige Tätigkeit durch den Moltkeprozeß wieder einmal eine öffentliche Beleuchtung erfuhr, gibt der Scharfmacher-Post Anlaß zu einer Strafpredigt an alle, die den Zukunftherausgeber mit Nachrichten versorgten. Der betreffende Artikel erwähnt zunächst, daß der Haß gegen den neuen Kurs Bismarck mit Harden zusammengebracht habe, und fährt fort:

„Das Erstaunen über Hardens Informationen hat sich nach Bismarcks Tod sogar noch vermehrt und konnte bis zur Beängstigung anwachsen. Wer in der „Zukunft" die Fülle von mehr oder weniger unverständlichen Andeutungen über geheime Vorgänge, oft auch die sicheren Behauptungen über solche verfolgt hat, konnte keinen Zweifel mehr darüber hegen, daß in der Schreibstube des Herausgebers eine ungeheure Zahl von Fäden zusammenläuft, die ihn nach allen Seiten mit denen, die etwas wissen, verbinden; daß solche Kunde nicht von Lakaien und Reportern stammt, daß seine Reporter Ordenssterne und Brillantdiademe tragen. Da fragt man nun: Woher das Bedürfnis so vieler hochgestellter Persönlichkeiten, ihre Geheimnisse dem einen Manne zuzutragen? Wer zu humoristischer Betrachtung neigt, mag sagen: Ihnen allen war er der gute Schäfer Thomas, der allen helfen kann. Doch steht zu fürchten, daß diese Kranken, die zum Schäfer Thomas kamen, weniger eigene Krankheit als fremde Gebrechen zu beichten hatten. Man darf ihm glauben, wenn er erklärt, sehr viel mehr zu wissen, als er sagt. Aber zu diesem ungeheuren Wissen trägt keiner bei aus edeln Motiven oder aus Menschenliebe; da trägt nur bei, wen es drängend verlangt, dem lieben Nächsten vor der Oeffentlichkeit das Brandmal seiner Sünde mit Schwefelsäure auf die Stirn geätzt zu sehen. Dem Publizisten, der entgegennimmt, was sich ihm an geheimer Kunde bietet, ist daraus allein kein Vorwurf zu machen; wenn aber bei einem einzigen Manne, seiner eigenen Bekundung nach, ein solches Lager tödlichen Giftes sich anhäuft, so führt das zu dem traurigen Schluß, daß in unseren hohen Kreisen sich ein unerhörtes Denunzianten- und Sykophantentum gebildet hat, ein Fäulnisprodukt, viel verderblicher als alles, was der Prozeß enthüllen konnte."

Wir wollen das Geständnis zu dem Bilde hinzufügen, welches sich das Volk in den letzten Wochen über seine „regierenden Kreise" machen konnte.

Interessante Zahlen überschreibt die „Kölnische Zeitung" folgende Notiz über die Finanzkraft Preußens:

Der preußische Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben hat dieser Tage einem amerikanischen Zeitungsmann gegenüber sich über die deutschen Finanzverhältnisse ausgesprochen und dabei ausgeführt, daß das der Einkommensteuer unterworfene Vermögen in Preußen von 5,701,000,000 Mk. im Jahre 1893 auf 10,832,000,000 Mk. im Jahre 1906 und für 1907 auf 11,463,000,000 Mk. gestiegen sei. Es habe sich also in 14 Jahren mehr als verdoppelt und sei in diesem Jahre um mehr als 10 Prozent gestiegen. Dieselben Verhältnisse beständen in allen anderen deutschen Staaten. Als Sicherheit für die preußische Staatsschuld und den Anteil Preußens an der Reichsschuld, zusammen 10,100,000,000 Mk. verwies der Minister auf das preußische Staatseigentum, und zwar schätzte er die Forsten und Ländereien des Staates auf 7,800,000,000 Mk., die Staatsbahnen auf 19,500,000,000 Mk. und die Bergwerke und anderen staatlichen Unternehmungen auf 700,000,000 Mk.

Interessant sind die Zahlen zweifellos, man muß nur noch die Frage aufwerfen: wer hat das Riesenvermögen verdient und wer hat es eingesäckelt? Auf den Kopf der Bevölkerung entfällt ein versteuerbares Vermögen von rund 3000 Mk. oder auf die fünfköpfige Familie von 15,000 Mk. Wie viele Proletarierfamilien, aus deren produktiver Arbeit das Vermögen doch in erster Linie entstammt, erfreuen sich solchen Reichtums?

Gegen die Lebensmittelverteuerung gedenken die deutschen Regierungen zum Unterschied von den ausländischen nichts zu unternehmen. In Sachsen wurde die Frage am Montag in der zweiten Kammer erörtert. Dieser lag folgende freisinnige Interpellation vor:

„Welche Maßnahmen gedenkt die königliche Staatsregierung im Interesse der ausreichenden Volksernährung gegenüber den enorm gestiegenen Getreidepreisen in die Wege zu leiten?"

Abgeordneter Günther (Plauen) begründete die Interpellation, wies auf die gegen das Vorjahr außerordentlich geringe Ernte in Deutschland und den wichtigsten europäischen und außereuropäischen Ländern hin und forderte zur genügenden Versorgung Deutschlands mit Brotgetreide die vorübergehende Aufhebung der Getreidezölle und Beseitigung der Ausfuhrprämie. Staatsminister Graf von Hohenthal gab die verminderte Ernte infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse in Deutschland und den übrigen Ländern zu. Er könne jedoch nicht für eine Ermäßigung der Getreidezölle eintreten, da die schwache Ernte nur etwas vorübergehendes sei und der deutschen Landwirtschaft unter allen Umständen ein ausreichender Schutz gewährt werden müsse. Andrae (kons.) erklärte sich von der Antwort des Ministers von Hohenthal befriedigt und wendete sich gegen die Ausführungen des Interpellanten. Die Höhe der Getreidezölle habe keinen Einfluß auf die Höhe der Getreidepreise. Die jetzige Getreidehausse sei in der schlechten Weltgetreideernte begründet. Langhammer (natl.) erkannte eine gegenwärtige Notlage an, glaubt aber nicht, daß man den Schutzzoll für die Landwirtschaft ohne weiteres aufgeben könne.

In Sachsen wie in Preußen regiert ein Dreiklassenparlament, das die konservativen Grundbesitzer zu Alleinherrschern des Volkes macht. Deshalb haben beide Regierungen es nicht notwendig, die Not des Volkes mit positiven Maßnahmen zu bekämpfen. Der Entrüstungsruf der Gedrückten dringt nur gedämpft an die Türen, hinter welchen die Gesetzgebungsfabrikanten sitzen. Aber eines Tages springen auch diese Türen auf!

Das große Reinemachen in Potsdam. Aus Potsdam berichtet die „Potsdamer Korrespondenz": Mit unnachsichtlicher Strenge wird bei den Regimentern der eiserne Besen gehandhabt; jede „männliche Dirne" wird entfernt. Kürzlich fanden Entlassungen beim Regiment Garde du Korps statt; bei anderen Truppenteilen sind Untersuchungen im Gange. Aber auch die Zivilbevölkerung wird von solchen Elementen gereinigt, die von Berlin aus unter Potsdamer Soldatenkreisen gastierten. Obwohl auch früher die Behörden bei der Säuberung von Personen dieses Schlages nichts versäumten, gelang es in letzter Zeit, Verhaftungen vorzunehmen, die in Bezug auf § 175 stattfanden. So wurden vor einigen Tagen zwei Berliner Kaufleute festgenommen, die einen Wachtposten mit Anträgen belästigten. Ihre Verhaftung führte zur Entlarvung. Sie wurden dem Gerichtsgefängnis überliefert. Neben der Reinigung dieses Augiasstalles gehen auch Veränderungen in der Adlervilla vor sich. Man spricht in der Stadt davon, daß die beiden Adler am Portal wegen des traurigen Renommees der Villa entfernt würden. — Wenn die Adler weg sind, ist alles gut. Graf Lynar kann unbestraft bleiben.

Dienstbotenlos. Wegen grausamer Mißhandlung ihres Dienstmädchens verurteilte das Berliner Schöffengericht eine Dame aus dem vornehmsten Westen Berlins und deren Galan, einen Rentier, der sich an den unerhörten Mißhandlungen mit beteiligt hatte, zu 200 bezw. 150 Mk. Geldstrafe. Nur mit Rücksicht auf die bisherige Unbestraftheit der beiden Dienstmädchenschinder sah das Gericht von Verhängung einer Gefängnisstrafe ab. Erwähnenswert ist aber dabei, daß der Staatsanwalt zuerst die Strafanzeige des mißhandelten Mädchens abgelehnt hatte. Erst auf eingelegte Beschwerde hin ordnete der Oberstaatsanwalt am Kammergericht die Erhebung der Anklage an.

Die Folgen der sinnlosen Ausrottungspolitik. Ueber Arbeitermangel wird in Deutschsüdwestafrika anhaltend geklagt, besonders haben darunter zu leiden der Bau der Eisenbahn von Otavi nach Grootfontein, sowie der Betrieb der Minen in Tsumeb. Für den Eisenbahnbau hat man nicht mehr als etwa 500 Eingeborene auftreiben können, darunter etwa 30 bis 40 Herero und Kaffern, die für die Arbeit gut brauchbar sind, das übrige Ovambos, denen es noch an jeder Geschicklichkeit für diese Art Arbeit mangelt. Die „Deutsch-Südwestafrik. Ztg." bezeichnet es als ein Glück, daß dem Gedanken der „Vernichtung" des Volkes der Herero noch rechtzeitig ein Damm vorgeschoben wurde.

Von der Geschicklichkeit deutscher Kolonialpolitik hat der glorreiche Feldzug nach Südwestafrika ein neues Zeugnis abgelegt.

Edle Rache. Der „Germania" zufolge ist Hardens „Zukunft", welche bekanntlich schon einmal lange Jahre vom Bahnhofsbuchhandel ausgeschlossen war, jetzt wieder ausgeschlossen worden.

Andere als Polizeimittel kennt unser Staat zur Bekämpfung unerwünschter Gegner nicht. Er erreicht damit bekanntlich, daß die verbotene Ware doppelt schnell und doppelt so reichlich verbreitet wird. „Nichts gelernt und nichts vergessen" — ist einer der ersten Lebensgrundsätze unserer politischen Polizei.

Ausland.

Den Zaren-Schergen entschlüpft. Zu dem Prozeß der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma wird uns geschrieben: Laut Beschluß des Petersburger Bezirksgerichtes erließ der Petersburger Stadthauptmann eine Verfügung an die Polizei betreffs Ermittelung der des Hochverrats angeklagten ehemaligen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma: Alexinsky, Gerus, Dschapeli, Schirelew, Surabow, Lomar, Kosmodemianskij, Mandelberg, Mitrow, Nesterow, Oso[illegible], Romanow, Saltykow, Sserebrjakow, Tatarinow und Schpagin. Man wird lange suchen müssen . . .

Die „freie" Schweiz. Pariser Blätter melden: Jaurès, der sich auf einer Vortragsreise in der Schweiz befindet, ist auf dem Lausanner Bahnhofe von der Polizei verständigt worden, man werde ihn aus der Schweiz ausweisen, wenn er antimilitaristische Propaganda versuche.

Das durch die energische proletarische Aktion geängstigte Bürgertum flüchtet sich in die Arme des schützenden Absolutismus, auch wenn seine Traditionen noch so demokratisch sind. Bülow hat gelehrige Schüler. Sie betrachten in Preußen wie überall den Moloch Militarismus als Kräutchen Rührmichnichtan.

* * *

Nochmals die Schlamperei von Toulon. Aus Toulon wird ein neuer, rätselhafter Vorfall gemeldet. Auf dem Torpedobootzerstörer „Chevalier" ist ein Signalbuch abhanden gekommen. Man weiß noch nicht, ob es sich um einen Diebstahl handelt, oder ob das Buch ins Wasser gefallen ist. Man nimmt aber an, daß es zu unlauteren Zwecken entwendet worden ist. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

* * *

Kleine Auslandsnachrichten.

Der deutsche Kaufmann Heinicke ist unweit von Schiras von persischen Banditen überfallen, mißhandelt und beraubt worden. Einzelheiten sind noch nicht bekannt. — Die gegenseitige Bekämpfung der Nationalitäten in Mazedonien nimmt nach Konstantinopeler Meldungen stetig zu. Kürzlich wurden auf dem Rückwege von Istib nach Patrik fünf Bulgaren von einer türkischen Bande ermordet. Eine griechische Bande tötete im Bezirke Florina vier Exarchisten und verwundete vier andere. — Der diplomatische Agent Englands in Konstantinopel, Generalkonsul Gorst, hatte die britischen Beamten, die sich im ägyptischen Staatsdienste befinden, zu einer Zusammenkunft auf die britische Agentur berufen. Es verlautet, daß Gorst auseinandersetzte, wie die britische Politik durchgeführt werden sollte, nämlich derart, daß die Aegypter nicht beherrscht würden, sondern soweit gebracht würden, daß sie sich selbst regieren könnten. Mit der Unterdrückungspolitik macht man halt überall schmählich Fiasko. — Das Bandenunwesen auf dem Balkan besteht in ungeschwächter Stärke fort. Wie der „Köln. Ztg." aus Salonichi gemeldet wird, wurden in Klepusna, im Kreise Sima, elf wohlhabende bulgarische Bauern von einer griechischen Bande gefangen und getötet. — In Serres wurde Tilef, der Chef des bulgarischen Komitees von Vrundi und Trandafilow, und der Sekretär des Komitees, die wegen Einführung von Bomben zum Tode verurteilt sind, hingerichtet.

Partei-Angelegenheiten.

Ueber die Strömungen in der sozialistischen Partei Frankreichs berichtet unserer Auslands-Korrespondent: Es läßt sich nicht mehr leugnen, die französische Partei, die nach langen inneren Kämpfen erst nach Amsterdam zu einer Einigung gelangte, befindet sich zurzeit in einer schweren Krise. Neue Spaltungen drohen die Einheit zu zerreißen und die Kräfte, die so notwendig zur Bekämpfung des gemeinsamen Feindes sind, zu paralysieren. Auf der einen Seite ist die wenig klare antimilitaristische Agitation Hervés geeignet, Konfusion in die Reihen der Parteigenossen zu tragen. Auch die Agitation der anarchistelnden Syndikate wirkt destruktiv. Auf der anderen Seite, an der äußersten Rechten, steht die Gruppe um Paul Brousse, den ehemaligen Possibilistenführer. Dazwischen liegen die Richtungen Guesde, Vaillant, Jaurès. Die alten Verbindungen haben sich noch nicht aufgelöst, die verschiedenen Ströme der sozialistischen Bewegung sind noch nicht in einem Bett ineinander geflossen, sondern laufen noch immer nebeneinander her. Jaurès hatte das Bestreben, in der „Humanité" ein Zentralorgan zu schaffen, in welchem alle Tendenzen zum Wort kommen konnten.

Jetzt haben sich aber alle Gruppen wieder ihre eigenen Organe geschaffen. Hervé hat seinen „Guerre Sociale", die um Brousse haben, wie schon mitgeteilt, vor kurzem den „Prolétair" gegründet, und die Guesdisten schaffen sich bekanntlich ebenfalls ein besonderes Organ. Diese Pressegründungen verschärfen natürlich von neuem die Gegensätze, die eine Tendenz verfolgt die andere, die Parteichen und Sekten gruppieren sich um die Organisation. Von da bis zu einer festen Organisation ist nur ein kleiner Fortschritt. Diese Gefahr sehen auch viele der französischen Genossen; so warnen Renaudel und Jean Lorris im „Sozialist" dringend vor Spaltungen, die Einigkeit der Partei müsse unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben.

Die Befürchtung, daß die Partei wieder in verschiedene Gruppen zerfallen könnte, ist leider durchaus nicht übertrieben; der Wunsch, das Schlimmste zu vermeiden, hat auch den Nationalrat bei seinen Entschlüssen, die er dieser Tage zu fassen hatte, sehr stark beeinflußt. Die Sitzung des „Conseil National" war einberufen, um über die Haltung einer Anzahl Deputierter ein Urteil abzugeben. Namentlich handelte es sich um die „Erklärung" von Paul Brousse und Genossen, sowie um die Haltung Baslys bei dem Empfange Briands. Die achtzehn Abgeordneten hatten sich in ihrer Erklärung gegen die von einer Seite beantragte Ausschließung von Basly, Lamendin und Goniaux ausgesprochen und ihren eventuellen Austritt aus der Partei angedroht. Die Sitzung fand am 1. November statt und währte mit zwei Unterbrechungen von Morgens 10 Uhr bis in die späte Nacht. Von den Federationen der Aube, Loire und der Seine war der Ausschluß der drei Deputierten beantragt worden; ein weiterer Ausschlußantrag lag vor gegen Delessalle, den Chefredakteur des „Pas de Calais", hingegen war der Ausschluß Hervés beantragt. Die vier Erstgenannten haben der Einladung des Conseil National nicht Folge geleistet, dagegen ist Hervé anwesend. In der Sitzung werden die Ausschlußanträge zum Teil aufrecht erhalten, zum Teil wird gegen die vier nur ein Tadel beantragt, und auch Hervé soll wegen seiner Agitation zur Ordnung verwiesen werden. Von mehreren Seiten wird vorgeschlagen, ein Manifest zu erlassen, welches die Deputierten daran erinnern soll, daß auch sie Disziplin zu halten und die Prinzipien der Partei zu respektieren haben. Die Diskussion wogt stundenlang hin und her, bis schließlich in später Nacht eine Erklärung zur Annahme gelangt, in der die vorliegenden Anträge in folgender Weise ihre Erledigung finden:

Bezüglich der Achtzehn wird erklärt, daß diese kein Recht hatten, sich an Stelle der Partei zu setzen, um diese zu bestimmen, ihr ihre Politik aufzuzwingen. Die freie Meinungsäußerung sei deshalb der Partei vollauf garantiert. In den Gruppen, den Federationen, im Nationalrat, worin die Deputierten vertreten sind, und auf den Nationalkongressen haben diese vollauf Gelegenheit, ihre Ansichten zur Geltung zu bringen.

Was die Handlungsweise der Basly-Lamendin und Goniaux anlangt, so wird bedauert, daß diese sich als Werkzeug für die ministeriellen Manöver gebrauchen ließen, dessen Beweggründe öffentlich genug gewesen seien. Es wird ferner bedauert, daß die Federation des Pas de Calais das Vorgehen der drei nicht verhindert habe.

Das Liller Organ „Reveil du Nord" betreibe eine Politik in vollständigem Gegensatze zu der der Partei; der „Conseil National" erklärt deswegen, daß zwischen diesem und der Partei keinerlei Verbindung bestehe.

Was die Beschwerden über „Guerre Social" anlangen, so nimmt der Nationalrat Kenntnis von der Erklärung Hervés und erwartet, daß die Parteimitglieder, die in jenem Organ oder Blättern schreiben, in Zukunft diejenige Rücksichtnahme üben, die zwischen Mitgliedern derselben Partei angebracht ist.

Die Gruppen, Federationen, denen die getadelten Deputierten angehören, werden aufgefordert, die Betreffenden zur Anerkennung und Beachtung der Kongreßbeschlüsse anzuhalten.

Die Spaltung ist vermieden, die Einheit der Partei ist durch

den Beschluß des Nationalrats aufrecht erhalten. Hoffentlich gelingt es mit der Zeit, die links und rechts von dem Gros der Partei abstrebenden Elemente zur Disziplin zu erziehen. Viel solcher Proben könnte die Partei jedenfalls nicht ertragen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 5. November 1907.

* **Wohin gehen Sozialdemokraten diesen Sonntag?** Unter Aufwand von viel Mühe und Kosten hat der Sozialdemokratische Verein zu Breslau für das Volks-Konzert am Sonntag ein besonders wertvolles Programm aufgestellt. Es ist durchaus nicht übertrieben, wenn wir sagen, daß gleich Gutes auch in den besseren bürgerlichen Konzerten nur höchst selten geboten wird. Und während dort 3, 2 und 1 Mark Entree erhoben werden, kostet das Billet für unser Volkskonzert nur 40 Pfennige. Also weit weniger, wie die durchschnittliche Ausgabe des Sonntag-Nachmittag-Spaziergängers beträgt. Und niemand wird bestreiten wollen, daß ein gutes Konzert genießen Seele und Gemüt des geplagten Proletariers weit wohler tut, wie die Verwendung der vier Böhm zu dem üblichen banalen Zeitvertreib.

† **Tödlich verunglückt.** Am 3. d. M. Nachmittags ist auf der Ohlauerstraße eine Lehrerin beim Besteigen eines Straßenbahnwagens gestürzt und so schwer verletzt worden, daß sie noch an demselben Tage gestorben ist. Da es noch nicht festgestellt ist, ob die Lehrerin beim Aufspringen in voller Fahrt verunglückte, oder ob sie beim Aufsteigen gestoßen worden ist, werden Augenzeugen ersucht, sich im Zimmer 54 des Polizeipräsidiums zu melden.

† **Warnung vor Geflügeldieben.** Kaum beginnt die kältere Jahreszeit, so zeigen sich mit ihr auch wieder Langfinger, welche es auf Geflügelställe abgesehen haben. So wurde in der Nacht vom 2. zum 3. d. M. ein Einbruchsdiebstahl in einem Geflügelstall auf der Wallfischgasse ausgeführt und drei Enten und ein Huhn gestohlen; desgleichen in der Nacht vom 3. zum 4. d. M. auf der [illegible]hanstraße, woselbst sechs Hühner und ein Kaninchen entwendet wurden. Falls jemand über die Täter einen Anhalt geben kann, so wird ersucht, sich im Zimmer 56 des Polizeipräsidiums zu melden. — Auch ist den Besitzern von Geflügel zu empfehlen, geeignete Vorkehrungen zu treffen, damit den Dieben ihr Gewerbe erschwert oder sie bei Begehung der Tat abgefaßt werden können. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß bei Einkäufen von Geflügel unter der Hand die größte Vorsicht zu bewahren ist, weil die Käufer der Gefahr ausgesetzt sind, sich der Hehlerei schuldig zu machen und wird ersucht, verdächtige Personen, welche Geflügel oder Kaninchen zum Verkauf anbieten, dem nächsten Schutzmann zu übergeben.

† **Fahrraddiebstähle.** In den letzten Tagen wurden gestohlen: einem Orgelbauer ein Fahrrad, Marke „Puch", aus einem Hause auf der Götzenstraße ein Fahrrad, Marke „Wratislavia", Nr. 60909, ein Fahrrad, Marke „Naumanns Germania", Nr. 8294, und ein Fahrrad, Marke „Fix". Auf dem Rahmenrohr dieses Rades ist der Name „Orient" angebracht. Das Rad hat schwarzes Gestell, Freilauf und Handglocke mit der Firma „Fix". Angaben zur Herbeischaffung der Räder sind im Zimmer 51 des Polizeipräsidiums zu machen.

† **In Haft genommen** wurde ein Arbeiter, der aus einem Stalle auf der Piastenstraße zwei Kaninchen gestohlen hatte.

† **Schornsteinbrände.** Am 4. d. M. Abends wurde die Feuerwehr nach der Palmstraße und nach der Neudorfstraße gerufen. In beiden Fällen handelte es sich um unbedeutende Schornsteinbrände.

† **Gefunden** wurden: ein Pelzjackett, ein schwarzer Damengürtel, ein Zwanzigmarkstück, ein goldener Ring mit rotem Stein, eine Herrenstahluhr und ein Schlüsselbund.

† **Abhanden** kamen: zwei Straußfedern, ein Korallenarmband und ein schwarzseidener Pompadour.

Aus den Gerichtssälen.

Wie die Fabrikversammlung zu einer anmeldepflichtigen gestempelt wird.

Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollen, unterliegen bekanntlich nach dem preußischen Juwel auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechtes der Anmeldepflicht. Als eine solche Versammlung erachteten Polizei und Staatsanwaltschaft eine Zusammenkunft der Arbeiter einer Fabrik, welche auf Wunsch von Arbeitern dieser Fabrik Genosse Schulz vom Metallarbeiter-Verband, der besoldete Vorsteher des Zweigvereins für Hamburg und Umgegend, einberufen hatte, der auch als Redner auftrat. Schulz wurde auf Grund der §§ 1 und 12 des preußischen Vereinsgesetzes angeklagt, weil die Zusammenkunft nicht angemeldet worden war. Nachdem die Sache bereits einmal das Kammergericht beschäftigt hatte, wurde Schulz vom Landgericht Stade als der Berufungsinstanz zu einer Geldstrafe verurteilt. Begründend wurde ausgeführt: Alle Arbeiter der betreffenden Fabrik seien durch Zettel eingeladen worden. Von den 120 Arbeitern gehörten 90 dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande an. Die Mißstände in der Fabrik, besonders in hygienischer Beziehung, seien als Tagesordnung bezeichnet gewesen. Schulz habe nun von den Wascheinrichtungen, Schutzvorrichtungen und Abort-Anlagen in jener Fabrik gesprochen und darauf hingewiesen, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband in der Lage sei, Verbesserungen herbeizuführen. Er habe dabei auch die Vorteile hervorgehoben, die der Verband seinen Mitgliedern biete. Damit habe er nachweisen wollen, wie notwendig für die, welche ihm noch fernständen, der Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband sei. Unerheblich finde es das Gericht, ob die Hinweise auf die Tätigkeit des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nur nebenher gefallen seien oder nicht. Jedenfalls sei in doppelter Beziehung eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten anzunehmen. Es sei eine solche, wenn jemand bespreche, wie in mancher Beziehung hygienische Verbesserungen möglich seien und im Zusammenhange damit das Wirken des Metallarbeiter-Verbandes in dieser Richtung sowie mit Bezug auf Lohnverbesserungen erörtere. Denn es seien hiermit die sozialen Bestrebungen des Metallarbeiter-Verbandes erörtert worden, die die Oeffentlichkeit schon wegen seines äußerst zahlreichen Mitgliederbestandes berührten. Diese Empfehlungen des Verbandes hätten, wie gesagt, auch nur als Aufforderung zum Beitritt aufgefaßt werden können. Eine solche Aufforderung, die unter Hinweis auf das soziale Wirken des Verbandes erfolgte, lasse auch in dieser Hinsicht eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten erkennen. Die Versammlung hätte deshalb angemeldet werden müssen. — Das Kammergericht verwarf die gegen das Urteil eingelegte Revision des Angeklagten mit der Begründung, es sei jetzt in dem Urteil des Landgerichts Stade „alles in Ordnung". Die „Feststellungen" des Landgerichts rechtfertigten die Verurteilung.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

* **Stadt-Theater.** Richard Wagners „Tristan und Isolde" gelangt heute Dienstag zum ersten Male in dieser Spielzeit zur Aufführung. Herr Trostorff singt den Tristan, Frau Rabl von [illegible] die Isolde, Fräulein Reich die Brangäne. Das Werk steht unter Leitung des Herrn Kapellmeister Prüwer und Oberregisseur Kirchner. (Anfang 7 Uhr.) Morgen Mittwoch findet ein Gastspiel von Frl. Eva von der Osten als „Mignon" statt. Die Künstlerin wird die Zerline in „Fra Diavolo" bei einem nächsten Gastspiele singen, da sie verhindert war, die hier für sie angesetzte Probe mitzumachen. Donnerstag findet eine Wiederholung von Offenbachs phantastischer Oper „Hoffmanns Erzählungen", Freitag eine solche von Richard Wagners romantischer Oper „Lohengrin" statt. Sonnabend wird zur Vorfeier von Schillers Geburtstag „Die Jungfrau von Orleans" zur Darstellung gebracht. — Die mit so großem Beifall aufgenommene Vorstellung von Kienzls Oper „Der Evangelimann" wird Mittwoch nächster Woche wiederholt werden. — Die Direktion hat Wildenbruchs Schauspiel „Die Rabensteinerin" zur Aufführung angenommen.

* **Lobe-Theater.** Heute Dienstag gelangen Felix Saltens Einakter „Der Graf", „Der Ernst des Lebens", „Auferstehung" zum dritten Male zur Darstellung. — Mittwoch Edmund Eyslers Operette „Künstlerblut" mit Frl. Mayerhofer und Herrn Plank. — Donnerstag „Die lustige Witwe". Freitag Saltens Einakterzyklus „Vom andern Ufer". — Sonnabend findet die erste Aufführung von Victor Rogers Vaudeville „Wie man Männer fesselt" statt, welches in Berlin und in Wien mit großem Erfolge gegeben worden ist.

* **Volksvorstellungen im Thalia-Theater.** Als 3. Vorstellung der laufenden Reihe wird Mosers Schwank „Der Bibliothekar" heute Dienstag für Gruppe C, am Freitag für Gruppe D gegeben. An der Abendkasse Billetverkauf.

* **Humboldtverein.** Morgen Mittwoch wird als zweite Abonnementsvorstellung für Mitglieder (gelbe Karten) „Sodoms Ende" wiederholt.

* **Schauspielhaus.** Der Spielplan des Schauspielhauses findet eine Aenderung insofern, als heute Dienstag die erfolgreiche Johann Straußsche Operette „Der Zigeunerbaron" zur Aufführung gelangt, während Mittwoch das melodiöse Bertésche Werk „Der schöne Gardist" wiederholt wird. In Vorbereitung befindet sich Schillers Trauerspiel „Demetrius". Die Direktion, welche nunmehr auch Klassiker in das Repertoire des Schauspielhauses aufnimmt, hat eine Anzahl Neuengagements getroffen, welche demnächst zur Veröffentlichung gelangen.

Neueste Nachrichten.

Die freisinnige Volkspartei für Flottenvermehrung und Branntweinsteuer.

Dresden, 5. November. (H. T.-B.) In einer Volksversammlung erklärte der Abg. Dr. Wiemer mit Bezug auf die kommenden Reichstagverhandlungen, die freisinnige Volkspartei werde einer Vorlage zur Vervollkommnung der Marine ihre Unterstützung nicht versagen. Die Partei sei wohl für eine Reform der Branntweinsteuer, lehne aber die Tabaksteuer entschieden ab. — Armer Eugen Richter, wie sehen deine Epigonen im Blockzeitalter aus!

Vom Schutzmann erschossen.

Essen, 5. November. (H. T.-B.) Der Fensterputzer Bollmann wurde, als er und zwei andere Personen mit einem Polizeisergeanten in Streit gerieten, von dem Sergeanten erschossen. Der Beamte will den Schuß aus Versehen abgegeben haben. Er wurde aus dem Dienst entlassen.

50 Millionen zur Polenunterdrückung.

Berlin, 5. November. In der Ostmarkenvorlage, die zur Förderung der deutschen Ansiedelung Summen fordert, ist nun auch zum Ankauf von Domänen und Forsten die Summe von 50 Millionen Mark vorgesehen.

Gegen die Todesstrafe.

Paris, 5. November. (H. T.-B.) „Petit Parisien" veröffentlicht das Resultat seiner Umfrage über die Frage der Abschaffung der Todesstrafe. Von 1,412,377 eingegangenen Antworten sprechen sich 1,083,655 für die Abschaffung aus. Gegen die Abschaffung stimmten nur 328,692 Personen.

Staatsstützen unter sich.

Trier, 5. November. (H. T.-B.) Der Handelskammer-Syndikus Tille hat den Bürgermeister Dr. Neff in St. Johann der Fälschung von Spar- und Darlehnscheinen bezichtet. Dr. Neff forderte den Syndikus zum Duell, das dieser ablehnte.

Das Unglück auf der Brohltalbahn.

Ober-Görschen, 5. November. (H. Tel.-Bur.) Wegen der Eisenbahnkatastrophe, wegen der schon der Lokomotivführer Lebus verhaftet worden war, ist nun auch der Stationsvorsteher Freitag aus Kempenich in Haft genommen worden, da er den verunglückten Zug elf Minuten zu spät hatte abfahren lassen. Die Frau des verhafteten Lokomotivführers soll wahnsinnig geworden sein. An der Hand von Papieren wurde ermittelt, daß sich noch ein Passagier aus Weißenkirchen unter den Trümmern befindet. Die Aufräumungsarbeiten werden deshalb rascher fortgesetzt. Die Katastrophe ist auf schwere Nachlässigkeit im Betriebe zurückzuführen. Die durch hohe Beamte abgeschlossene Untersuchung hat ergeben, daß Entgleisung vorliegt, die dadurch veranlaßt wurde, daß der Zug die fragliche Stelle 11 Minuten zu spät durchfuhr.

Vierzig Stunden im Ballon.

London, 5. November. Eine wahre Irrfahrt durch die Lüfte hat der deutsche Ballon „Ziegler" hinter sich. Der Ballon Ziegler des Frankfurter physikalischen Vereins hat eine vierzigstündige Fahrt von Rheinfelden über Rappoltsweiler hinaus, dann zurück bis zum Südabhang der Vogesen, hierauf an der französischen Grenze entlang und über St. Johann, Trier, Montjoie, über Belgien, Pas de Calais, den Aermelkanal und Folkestone nach London gemacht, wo er nördlich der Stadt in der letzten Nacht glatt gelandet ist.

Der Führer des Ballons war der bekannte Luftschiffer Dr. Wegener, der den Weltrekord für Dauerfahrten hält. Er hatte die Absicht, mit dem 1437 Kubikmeter großen und mit Wasserstoffgas gefüllten Ballon Ziegler seinen eigenen Rekord — 52½ Stunde — zu brechen. Aber der Umweg um die Vogesen, der sehr viel Ballast erforderte, hat diese Absicht vereitelt. Dr. Wegener mußte bei London vorzeitig niedergehen. In der Gondel saßen außer dem Führer Dr. Wegener noch ein Herr vom physikalischen Verein und der Fabrikant Fritz Böhm aus Offenbach.

Der Frankfurter Ballon hätte bei günstigem Wind wieder einen neuen Rekord aufstellen können. Er wurde aber erst von Rheinfelden bei Basel aus nach Norden bis Rappoltsweiler getrieben, wo er kurz vor der Ueberwindung der Vogesen von einem Gegenwind gefaßt und bis an die Südabhänge dieses deutsch-französischen Grenzgebietes zurückgetrieben wurde. Erst von da an wurde er von heftigem Südost von Deutschland nach Luxemburg, Belgien, Nordengland, über den Kanal nach London getragen.

München, 5. November. (H. T.-B.) Im benachbarten [illegible] sind drei Personen, das Ehepaar Krans und der Schwiegervater, durch ausströmendes Gas erstickt. Das Kind des Ehepaares wurde gerettet.

Beziers, 5. November. (H. T.-B.) Die durch den neuerdings anhaltenden Regen hervorgerufenen Ueberschwemmungen übertreffen die vorhergehenden an Umfang. Mehrere Stadtteile stehen unter Wasser. Die Lage ist äußerst kritisch.

Budapest, 5. November. (H. T.-B.) Infolge des in ganz Ungarn eingetretenen Frostwetters herrscht unter den Landwirten ernste Besorgnis. Bei längerem Anhalten dieser Witterung wird befürchtet, daß die Wintersaat nicht mehr besorgt werden kann.

Literatur.

Soeben erschien im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts", Berlin SW. 68, der **Arbeiter-Notizkalender** für das Jahr 1908. Dieser in den Arbeiterkreisen allgemein beliebte Kalender bringt auch in diesem Jahre wieder eine Reihe äußerst nützlichen, ja geradezu unentbehrlichen Materials für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder. Als vorzügliches Nachschlagewerk ist der Kalender alljährlich im weitestem Maße von den Arbeitern benutzt worden; er sollte aber im Besitz eines jeden Arbeiters und jeder Arbeiterin sein. Der vorliegende neue Jahrgang enthält u. a.: Die Reichstagswahl 1907 und die Nachwahlen. — Die Reichseinnahmen. — Der Nutzen der sozialdemokratischen Vereine. — Die deutschen Kolonien. — Daneben bringt der Kalender einen Artikel über die „Gewerkschaften Deutschlands", Adressen der einzelnen Gewerkschaften, der Partei-Gewerkschaftspresse Deutschlands, der deutschen Gewerbe-Inspektoren, weiteres notwendiges Adressen- und Statistikenmaterial usw. Ferner ist dem Büchlein ein künstlerisch ausgeführtes Bild der Reichstagsfraktion beigegeben. — Der Preis des gebundenen Kalenders beträgt 60 Pfennige. Erhältlich ist derselbe in allen Partei-Buchhandlungen, sowie bei allen Kolporteuren.

Der Lichtstrahlen-Kalender für das Jahr 1908 ist soeben erschienen. Der Preis des Kalenders, der durch die Wiener Volksbuchhandlung von Ignaz Brand, Wien VI, Gumpendorferstraße 18, zu beziehen ist, wurde mit 20 Heller festgesetzt, bei Partiebezug entsprechender Rabatt. Die Bezirks- und Kreisorganisationen werden gut tun, zur Agitation sich dieses Kalenders zu bedienen.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienstag, den 5. November.

	Heute früh 7 Uhr			Temp.-Extr.		Wetter
	Temp.	Wind	Ndschl.	Max.	Min.	
Bresl. Sternw.	1	O 2	0	5	0	bezogen
Koirathal b. Br.	1	O 1	0	7	—2	bezogen
Beuthen OS.	—2	NO 1	0	4	—2	halbbedeckt
Habelschwerdt	—3	NO 1	0	5	—6	klar
Zillertal	—6	still	0	8	—	
Görlitz	—2	SW 1	0	5	—3	bedeckt
Grünberg	0	O 3	0	6	—1	"
Ostrowo	1	SW 3	0	5	1	"

Standesamtliche Nachrichten.

Geburten. II. Buchhalter Josef Bartsch, kath., T. — Dekorationsmaler Richard Jungnitsch, ev., T. — Sattler Reinhold Dickmann, ev., S. — Tapezierer Bruno Krawczyk, kath., T. — Kutscher Robert Wolf, ev., S. — Hilfsweichensteller Berthold Kornau, ev., S. — Zimmermann Ferdinand Boschammer, kath., S. — Arbeiter Karl Purl, kath., T. — Bureaudiener Hermann Scholz, ev., S. — Werkstättenarbeiter Hermann Fischeder, ev., S. — Kaufmann Karl Gusinde, kath., S. — Bahnarbeiter Wilhelm König, ev., S. — Maschinenarbeiter Aug. Finke, ev., T. — Bahnarbeiter Ernst Pavel, ev., T. — Schlosser Franz Hanske, ev., T. — Maurer Robert Krause, ev., S. — Schuhmachermstr. Ernst Gieche, ev., S. — Städt. Arbeiter Paul Michalke, kath., S. — Tischlermeister Gustav Schellenz, ev., S. — Fleischermeister Karl Eckert, ev., T. — Kutscher Paul Waitelle, ev., S. — Haushälter August Röhner, ev., S. — Musiker Karl Gutmann, ev., S. — Kaufmann Richard Gottwald, kath., T. — Handelsmann Alfred Schumann, ev., S. — Schmied Rudolf Kupfe, ev., S. — Schneider Aemilian Kunz, kath., T. — Arbeiter Karl Wagner, ev., T. — Kohlenhändler August Klimke, kath., S. — Restaurateur Josef Thiel, kath., S. — Glaser Willi Nickel, kath., T. — Eisendreher Paul Hoffmann, ev., S. — Militäranwärter Hermann Kern, ev., T. — IV. Schlosser Hermann Knaupe, ev., S. — Bauunternehmer Karl Dornock, evangelisch, S. — Reisender Alois Lamber, katholisch, S. — Bühnenarbeiter Max Krietsch, ev., T. — Arbeiter Karl Schweike, ev., S. — Monteur August Winter, kath., T. — Schmied Robert Quickert, ev., S. — Maurer August Wagner, ev. (Zwillinge), T. — Schmied Hermann Kruber, evang., S. — Kupferschmied Paul Heinisch, ev., T. — Maschinist Theodor Mala, kath., T. — Kaufmann Paul Goliberisch, ev., T. — Kärtner Wilhelm Berndt, ev., T. — Handelsmann Giuseppe Grilli, kath., T. — Hilfsschaffner Paul Lerche, ev., S. — Haushälter Gustav Bartzold, ev., S. — Magistratsbeamter Max Neuendorff, ev., T. — Kaufmann Richard Schlegel, ev., T. — Klempner Konrad Kandelka, ev., T. — Musiklehrer Arthur Weisemann, ev., T. — Bahnarbeiter Franz Staar, kath., T. — Haushälter Karl Hahn, ev., S.

Todesfälle. I. Frieda, T. des Musikers Hermann, 2 J. — Früh. Arbeiter Joseph Boß, 65 J. — Elisabeth, T. des Schneiders Paul Eisner, 1 J. — Hedwig, T. des Klempners Arthur Grocholl, 12 J. — Herbert, S. des Bureaudieners Friedrich v. Stojentin, 10 J. — Schneidermeister Otto Droffel, 31 J. — Margarete, T. des Arbeiters Paul Wandel, 5 M. — Kutscher Karl Mücke, 26 J. — Unvereh. Bertha Jorasch, 89 J. — Margarete, T. des Kutschers Wilhelm Wagner, 8 M. — Walter, S. des Arbeiters Robert Wache, 3 Mon. — Erich, S. des Arbeiters Reinhold Wagner, 2 Mon. — Arbeiter Johann Peer, 61 J. — Else, T. des Eisendrehers Arthur Wittig, 9 Mon. — Verwitwete Restaurateur Rosina Ritter, geb. Wiesner, 76 J. — Elfriede, T. des Tischlers Robert Rauke, 6 Mon. — Früh. Kaufmann Julius Freund 70 J. — Erna, T. des Schriftsetzers Bertold Hehna, 7 J. — Georg, S. des Schlossers Hermann Marotzke, 6 W. — Verehel. Bahnarbeiter Ottilie Eichelmann, geb. Gallwitz, 67 J. — Elisabet, T. des Schlossers Otto Ziegawe, 8 Mon. — Gertrud, Tochter des Kutschers Alois Bräuer, 3 Mon. — Kurt, S. des Schmiedemeisters Wilhelm Hartmann, 9 T. — Hellmut, S. des Schmieds Hermann Meinert, 2 Mon.

Vereins-Kalender.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 5. November:

Fassadenputzer. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Zimmer 2.

Sonnabend, den 9. November:

Buchbinder. General-Versammlung. Wichtigste Verbands-Angelegenheiten. Zimmer Nr. 3.

Zimmerer. Jeden Sonnabend: Zahlabend.

Sonntag, den 10. November:

Verband der Müller. Mitglieder-Versammlung Nachmittags 3 Uhr im Zimmer Nr. 2. Vortrag des Genossen Redakteur Radlof.

Mittwoch, den 13. November:

Fabrikarbeiter und -Arbeiterinnen. Oeffentliche Versammlung im großen Saale. Tagesordnung: „Die Erziehung der Arbeiter zur kulturellen Betätigung." Referent: Redakteur R. Albert.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).

Land-District 4.

Bezirk Gräbschen. Sonntag, den 10. November, Vormittags von 10—12 Uhr, Zahltag bei [illegible].

Oswitz. Oeffentliche Versammlung. Dienstag, den 5 November, Abends 8 Uhr bei Knabe.

Ohlau. Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen. Sonntag, den 10. November, Nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gasthaus „zur Stadt Oels". Referent: Carl Trampe-Breslau. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Breslauer Marktbericht.

Festsetzungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission

Breslau, 4. November 1907.

	Pro 100 Kilogramm gute höchste	gute niedr.	mittlere höchste	mittlere niedr.	geringe höchste	geringe niedr.	Sorte
Weizen, weißer	23.20	22.60	22.50	21.60	21.50	20.10	
Weizen, gelber	23.10	22.50	22.40	21.50	20.40	20.—	
Roggen	20.60	20.—	19.90	19.50	19.10	18.50	
Durgerste	19.—	18.50	18.40	18.—	—.—	—.—	
Gerste	15.50	15.30	15.20	14.90	14.80	14.50	
Hafer	16.80	16.30	16.20	15.70	15.60	14.80	
Mais (Körnen)	23.50	22.50	21.50	20.50	19.50	18.50	
Erbsen	20.—	19.50	18.50	17.50	16.50	16.—	
Winterraps	31.60	—.—	29.60	—.—	27.60	—.—	

Heu pro 50 Kilogr. 3.50 bis 5.80 Mk.
Stroh pro Schock 35.— bis 37.— Mk.

Breslauer Mehlmarkt. Mehl ruhig, pro 100 Kilogr. inkl. Sack Brutto Weizenmehl 00, ruhig, 31.50 bis 32.50 Mk. Roggenmehl 00, ruhig [illegible] Roggen-Futtermehl, fest, 13.— bis 14.— bis 15.— Mk. Weizenkleie leichter, 11.— bis 12.— bis 13.— Mk.

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes.

Vieh.

Kleinviehmarkt am 4. November. Der Auftrieb betrug: 18 Rinder, 1587 Schweine, 217 Kälber, 339 Schafe. Hierzu vom letzten Markt Ueberstand: 75 Rinder, 73 Schweine, — Kälber, 119 Schafe. — Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm exkl. Steuer:

	Lebendgewicht:	Schlachtgewicht:
Kälber: Beste Saugkälber	42—44	75—82
Mittlere Mastkälber und gute Saugkälber	39—41	61—70
Geringe Saugkälber u. ält. ger. genährte Kälber (Fresser)	bis 38	bis 60
Schweine: Vollfl. i. Massen u. deren Kreuz. b. zu 1¼ J.	44—46	57—60
Fleischige Schweine	41—43	48—56
Gering entwickelte Schweine sowie Sauen	bis 40	—
Ausländische Schweine (unter Angabe der Herkunft)	—	—

Export nach Oberschlesien: — Rinder, — Schweine, — Kälber, — Schafe, nach Mittel- und Niederschlesien: 5 Rinder, 45 Schweine, — Kälber, — Schafe, nach Sachsen: — Rinder, — Schweine, — Schafe, nach Westdeutschland: — Rinder, — Schweine. Unverkauft nach anderen Plätzen: — Rinder, — Schweine. Ueberstand verblieben: 66 Rinder, 31 Schweine, — Kälber, 133 Schafe. — Geschäftsgang mittelmäßig, bei Kälbern lebhaft. Speckschweine zumeist norddeutschen Ursprungs, brachten bis 51 Mk.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags.

P. R., Promnitzstraße. Das Krankengeld kann für den Unterhalt der geschiedenen Ehefrau gepfändet werden.

Sch., Friedland. Wenden Sie sich an den Vorstand der Gemeinde, in welcher sich der Mann zuletzt aufgehalten hat.

B. 49. Wenn der Arbeiter krank, also zur Fortsetzung der Arbeit unfähig wird, kann er die Arbeit ohne Kündigung verlassen.

Arbeiter-Sekretariat Breslau.

Nikolaistraße 18/19.

Sprechstd. Vorm. 11—1 Uhr, Nachm. 5½—7½ Uhr (außer Sonnabend Nachmittag).

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. Verlag von Oskar Schulz. — Druck von Th. Schatzki G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Oeffentliche Protest-Versammlung

für Männer und Frauen

Mittwoch, den 6. November 1907, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Tages-Ordnung: 1. Ist der Magistrat berechtigt, der steuerzahlenden Arbeiterschaft auf Betreiben der deutschen Turnführer die städt. Turnhallen ꝛc. zu entziehen? Referent: **Karl Frey**, Leipzig, Vorsitzender des Arbeiter-Turnerbundes.

2. Freie Diskussion.

Der Magistrat, die Herren Stadtverordneten, sowie die deutsche Turnerschaft sind schriftlich eingeladen. 5414

Das Gewerkschafts-Kartell.

Gewerkschaftshaus Margaretenstrasse 17

Stadt-Theater.
Dienstag, Anfang 7 Uhr: „Tristan und Isolde".
Mittwoch: Gastspiel Eva von der Osten: „Mignon".
Donnerstag: „Hoffmanns Erzählungen".

Lobe-Theater.
Dienstag: „Vom andern Ufer".
Mittwoch: „Künstlerblut".
Donnerstag: „Die lustige Witwe".

Volksvorstellungen im Thalia-Theater.
Dienstag: Gruppe C. 3. Vorstellung. „Der Bibliothekar".
Freitag: Gruppe D. 3. Vorstellung: „Der Bibliothekar".
Mittwoch: Humboldt-Verein. Abonnements-Vorstellung (gelbe Karten): „Sodoms Ende".

Schauspielhaus
Dienstag, 8 Uhr: „Der Zigeunerbaron".
Mittwoch, 8 Uhr: „Der schöne Gardist".

Liebichs Etablissement.
Ab 1. November neues sensationelles Programm.
Anfang 7½ Uhr.

Victoria-Theater (Blumenauer Garten).
Indische Hindu-u. Tempeltänzerin. Willy Prager. und die neuen Attraktionen.
Anfang 7½ Uhr.
Dauer an Wochentagen gültig.

Achtung! Pfänder-Auktion.
Pfandleih-Institut, Matthiasstraße 112, 1. Et. Verlängerung bis 12. November cr. 5141

Damen-Filzhüte (Filzhut-Fabrik) liefert direkt in der Fabrik Neue Graupenstraße 11, Hof. Freund & Kretschmer. 4319

veranstaltet vom Sozialdemokratischen Verein.

Die Schulden von meiner Frau Bertha Starker geb. Marx bezahle ich nicht. Franz Starker, Breslau, Berliner Chaussee Nr. 83. 5420

Tücht. Hosennäherinnen in u. außer dem Hause u. Lehrmädchen können sich melden Friedrichstr. 84/86, 3. Etg. [5411

Möbel
Anzahlung Nebensache! Einzelne Stücke, ganze Einrichtungen. Auf bequemste Teilzahlung.
Anzüge, Ueberzieher.
Max Biermann, Ring 51, erste Etage neben der Stockgasse.
Filiale: Waldenburg i. Schl. Auch nach auswärts.

Sozialdemokratisches **Liederbuch** von Max Kegel. Preis 40 Pfg. Durch unsere Expedition zu beziehen.

Arbeiter-Notiz-Kalender 1908
Gebunden 60 Pf. Porto 10 Pf.
Ein nützlicher Ratgeber, ein unentbehrliches Nachschlagebuch für alle in Partei und Gewerkschaften organisierten Arbeiter.
Der diesjährige Kalender enthält u. a.:
Die Reichstagswahlen 1907 und die Nachwahlen. — Biogr. Notizen unserer Reichstagsabgeordneten. — Die Reichsfinanzen. — Der Nutzen der sozialdemokratischen Partei. — Die deutschen Kolonien. — Sozialdemokratische und Gewerkschaftspresse. — Die Gewerkschaften Deutschlands. — Internat. Gewerk- und Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1906. — Adressen der Arbeitersekretariate und der Vorstände der Zentralverbände. — Die deutschen Gewerbeinspektoren. — Kalendarium und Geschichtskalender. — Münz- und Gewichtstabelle. — Portotarif. — Einheitliches Adressenmaterial.
Außerdem enthält der Kalender ein Gruppenbild der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 1907 in hochfeiner künstlerischer Ausführung.
Zu beziehen ist der Kalender durch die
Buchhandlung Volkswacht Neue Graupenstraße 5/6 sowie deren Kolporteure.

August Heyne 4836
Rohtabakhandlung
Breslau, Karlstrasse 27 (Fechtschule).

Kaufen Sie direkt! Sie sparen ein Vermögen! Franko geg. Nch. ¼ Fass extra delikaten circa **400 Neue prima Salz** heringe, M. Dauerw., vollfette, grosse, sortierte M. 10 M., ½ à 5½! Probfass 3 M. Beste zu Pellkart., Heringsalat u. Marinieren in Milchersauce. 4806] E. Degener, Grossexport v. 1881, Swinemünde 39.

Möbel Spiegel. Polsterwaren
in eigener Werkstatt von nur besten Materialien gefertigt. 95
Kein Abzahlungsgeschäft gewähre aber gern Teilzahlung.
Preis enorm billig.

Wiege	100 Mk.
Salontisch	18 „
Trumeau mit Muschelaufsatz	60 „
Schrank „ „	60 „
Vertiko „ „	45 „
Spiegel mit Schränkchen und Muschelaufsatz	35 „
Diwan in gutem Stoff	26 „
Bettstelle mit Matratze	26 „
Rohrstuhl mit hoher Lehne	4 „

Teppiche, Läufer, Uhren und sämtl. erd. Ausstattungsstücke nur bei **F. Pauer, Sandstr. 5.**

Medizin.-Lebertran per Flasche 50 Pfg.
Fenchelhonig per Flasche 50 Pfg. und 1 Mk.
Sodener Pastillen per Schachtel 50 Pfg.
Zahnhalsbänder für zahnende Kinder, per Stück 50 Pfg.
Zigarren, Zigaretten diverse Weine
Franz Gröschel
1. Geschäft Beuthenstraße 60
2. „ Kurzegasse 48
3. „ Friedr.-Wilhelmstraße 109 Ecke Peterstraße. [5166

Bettfedern und fertige Betten.
Reell! Billig! 4983
Spez.: Brautausstattung. Preisliste gratis und franko. Julius Immerglück Bresl., Neuschest. 16/17.

Sonntag, 10. November: **15. Grosses Volks-Konzert.**

Die Gleichheit
Alle 14 Tage erscheinend, Heft 10 Pfennige.

JASMATZI CIGARETTEN
sind die besten türkischen Cigaretten, die hergestellt werden können. Ihr Ruf hat uns zur größten Cigarettenfabrik Deutschlands gemacht.

Jasmatzi-Pol	1 Pfg.
Jasmatzi-Lucca	1 „
Jasmatzi-Uncas	2 „
Jasmatzi-Rillan	3 „
Jasmatzi-Ramses	3 „
Jasmatzi-Pteo 4–25	„

Georg A. Jasmatzi A.-G., Dresden
Größte deutsche Cigarettenfabrik.

Original-Phönix-Nähmaschinen 5336
für Gewerbe- u. Hausbedarf sind die besten der Gegenwart, zum Kunststicken besonders geeignet. — Außerdem empfehlen wir alle anderen Systeme, auch in Spezialmaschinen.
Jul. Dressler & Co.
Auswärts franko Bahnstation. Breslau, Ring 6.
Größte Reparatur-Werkstatt für alle Systeme.

Die Volksschule wie sie ist von Otto Rühle. Preis 30 Pfg. Zu beziehen durch die Expedition und Kolporteure.

Programme 40 Pfg.
Anfang 3½ Uhr.

Beilage zu Nr. 260 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 6. November 1907.

Die Beleidigung des Reichskanzlers Bülow.

Vor der 2. Strafkammer des Berliner Landgerichts II gelangt am kommenden Mittwoch der Prozeß zur Verhandlung den die Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse gegen den Schriftsteller Adolf Brandt wegen Beleidigung des Reichskanzlers Fürsten Bülow angestrengt hat. Adolf Brandt, der den Kanzler bekanntlich homosexueller Verfehlungen beschuldigte, hat schon mehrfach mit seiner Persönlichkeit die Oeffentlichkeit beschäftigt. Er ist der Leiter der „Gemeinschaft der Eigenen“, einer homosexuellen Vereinigung, die in Wilhelmshagen i. Mark ihren Sitz hat. Vor etwa zehn Jahren warf er einen großen Packen homosexueller Schriften von der Zuhörertribüne des Reichstages in den Sitzungssaal herunter, wobei er laut rief: „Nicht für Ochsen-, sondern für Menschenrechte!“ Er wurde daraufhin auf Anordnung des Präsidenten gewaltsam aus dem Sitzungssaal entfernt und später wegen groben Unfugs zu einer geringen Strafe verurteilt. Einige Zeit darauf überfiel er auf offener Straße den Reichstagsabgeordneten Lieber und schlug auf ihn mit einer Reitpeitsche ein, angeblich weil dieser sich des unter Kuratel gestellten Stabsarztes a. D. Dr. Sternberg nicht angenommen hatte. Wegen dieses Ueberfalles erhielt Brandt eine längere Gefängnisstrafe. Auch den jüngst verstorbenen Zentrumsabgeordneten Dasbach zieh Brandt der Uebertretung des § 175.

Die Grundlage des jetzigen Prozesses bildet ein Artikel des von Brandt herausgegebenen Organs der „Gemeinschaft der Eigenen“, der am 10. September 1907 unter der Ueberschrift

„Fürst Bülow und der § 175

erschien. Der Artikel beschuldigt in deutlichster Form den Fürsten Bülow der Homosexualität und bezeichnet den Geheimrat Scheefer als die „bessere Hälfte“ des Reichskanzlers. Geheimrat Scheefer ist nämlich der Privatsekretär des Reichskanzlers und hat dessen sämtliche Diktate zu schreiben. Er war mit dem Fürsten Bülow schon in Rom auf der Botschaft zusammen und Fürst Bülow nahm ihn, als er nach Berlin als Leiter des Auswärtigen Amtes gerufen wurde, mit. Brandt führt in seinem Artikel aus, daß trotz des Sturzes der Liebenberger Tafelrunde das „süßlich männlich kränkliche Wesen“ in der inneren und äußeren Politik nicht verschwunden sei und führt das auf die homosexuelle Veranlagung des Reichskanzlers zurück. Er spricht in diesem Zusammenhange von den „Scheeferspielen“ des Reichskanzlers, von den glücklich verbrachten „Scheeferstündchen“ in Norderney und wirft die Frage auf: „Wann wird endlich einmal ein Reichskanzler kommen, der keine Enthüllungen mehr zu fürchten braucht?“ Brandt begründet seine Beschuldigung damit, daß die „Nordbeutsche Allg. Zeitung“ die Meldung Berliner Blätter, Fürst Bülow habe auf Norderney nur den Geheimrat Scheeter um sich, zweimal dementiert und beide Male betont habe, daß sich auch andere Personen in der Begleitung des Reichskanzlers befinden. Nach Ansicht Brandts wäre, wenn jene Meldung wirklich harmlosen Inhalts wäre, nicht ein so energisches Dementi durch die „Nordd. Allg. Ztg.“ erfolgt. Brandt spricht dann weiter noch vom Geheimrat Scheefer als dem „unzertrennlichen täglichen Begleiter“ usw. Dieser Artikel wurde von dem Herausgeber der „Reichsglocke“, Joachim Gehlsen, übernommen, gegen den ursprünglich ebenfalls ein Strafverfahren eingeleitet werden sollte. Davon wurde jedoch Abstand genommen, so daß sich Adolf Brandt allein zu verantworten hat. Gegen ihn hat Fürst Bülow sofort, nachdem ihm der Artikel Brandts bekannt geworden war, die Strafverfolgung beantragt. Dem Antrag wurde stattgegeben und das Verfahren so beschleunigt, daß schon jetzt die Verhandlung stattfinden kann. Den Vorsitz wird Landgerichtsdirektor Busch führen, während Rechtsanwalt Dr. Barnau dem Angeklagten als Verteidiger zur Seite steht. Als Zeugen sind außer dem Reichskanzler dessen Neffe Graf Bernhard v. Bülow und Geheimrat Scheefer geladen. Die Verhandlung, in der der Angeklagte einen umfangreichen Zeugenbeweis anzutreten beabsichtigt, wird aller Voraussicht nach ebenso wie der Prozeß Moltke-Harden in vollster Oeffentlichkeit geführt werden. Wir werden über die Verhandlungen berichten.

Schutz gegen Schuhleute!

Drei ehemalige Vertreter der Obrigkeit von Weißensee, der frühere Gemeindewächter Joseph Kuhnert, der Gemeindediener Ernst Lange und der Gemeindewächter Roman Wasezinski standen anfangs September vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts III. Sie waren beschuldigt, bei Vornahme von Sistierungen die sistierten Personen mißhandelt zu haben. Die damalige Verhandlung endete mit der Verurteilung des Wasezinski zu vier Monaten Gefängnis. Die Verhandlung gegen die beiden ersten Angeklagten mußte damals abgezweigt werden, weil die Vorfrage entschieden werden sollte, ob eine von Kuhnert mißhandelte Person infolge der Mißhandlung in Siechtum verfallen ist.

Kuhnert und Lange hatten sich nun jetzt vor der 1. Strafkammer des Landgerichts III zu verantworten. In der Nacht zum 18. Dezember stand kurz nach 10 Uhr Abends der in Weißensee wohnende 42jährige verheiratete Schreiber Kerlin mit einer Geige in der Hand vor seinem Wohnhause und ließ einen Dreiklang ertönen. Er hatte auf Bitten eines ihm gegenüber wohnenden Gastwirts in dessen Lokal einige Stücke auf der Geige gespielt, wollte dann nach Hause gehen, fand aber die Haustür schon verschlossen und wollte, seiner Angabe nach, durch den Dreiklang seiner Frau zu erkennen geben, daß er Eingang haben möchte. Nach seiner Behauptung hat er darauf von dem plötzlich vor ihm stehenden Kuhnert einen so heftigen Stoß vor die Brust bekommen, sodaß er gegen den Zaun flog. Wächter Kuhnert habe ihn dann, unter schroffem Befehl, ihm zu folgen, mit zur Wache genommen, obwohl er wiederholt seinen Namen nannte und ihm sagte, daß er im Hause wohne. Auf der Wache soll Kuhnert die Gelegenheit, als ein dort gleichfalls beschäftigter Beamter in Zivil sich entfernt hatte, benutzt haben um ihm ein Paar Ohrfeigen zu geben. Kuhnert habe dann in sehr barscher und bedrohlicher Weise ein Protokoll mit ihm aufgenommen und ihm mit einem Pineal zu Leibe gehen wollen, sodaß er sich mit einem Stuhle habe schützen müssen. Dann habe sich eine Art Rundjagd um einen Tisch entwickelt, wobei Kuhnert ihm immer zu Leibe wollte, während er immer um den Tisch herum ihm auswich. Nachdem Kuhnert wiederholt gerufen: „Steh Du Hundi!“ habe er angeordnet, daß er in die Zelle abgeführt werde. Auf dem Wege dorthin habe Kuhnert ihm noch einen Stoß in den Rücken gegeben, sodaß er beinahe hingefallen sei. Er habe alsdann in seiner gänzlich unzureichenden Bekleidung in der in kalter Winternacht ungeheizten Zelle auf einem Strohsack unbedeckt zubringen müssen. Am nächsten Morgen ist er erst entlassen worden. Er begann gleich nach jener Affäre zu kränkeln, spie Blut, verbarg jedoch seinen leidenden Zustand, um nicht seine Stellung zu verlieren, bis nach mehreren Monaten sein Bureauvorsteher ihn verpflichtete, sich ärztlich untersuchen zu lassen. Herr Dr. Pfleger stellte eine Brustfellentzündung fest und überwies ihn ins Krankenhaus, wo er 35 Tage verbleiben mußte. Die behandelnden Aerzte gaben die Möglichkeit zu, daß der jetzige Zustand des K. auf die in der Zelle erlittene starke Erkältung zurückgeführt werden könnte. Medizinalrat Hoffmann bekundete, daß der Zeuge Kerlin heute noch eine chronische Brustfellentzündung aufweise, ein Siechtum sei aber nicht festzustellen.

Der Angeklagte Kuhnert bestreitet jede Mißhandlung des K. und behauptet, der Zeuge habe mit seiner Geige ruhestörenden Lärm verübt und als ihm das untersagt wurde, sich widerspenstig und herausfordernd benommen. Er sei betrunken gewesen und deshalb zu seiner eigenen Sicherheit in die Zelle dirigiert worden.

In dem zweiten Anklagefalle ist ein Postunterbeamter Garske, der jetzt beim Militär steht, in der Silvesternacht Morgens mit einem Bekannten in ein Restaurationslokal in Weißensee gekommen, wo sich auch die beiden Angeklagten befanden. Als der Bekannte ihm unterdessen, den Wächtern ein Glas Bier zu spendieren, erklärte Garske: „Ach, was gehen mich die Wächter an, die können sich auf die Straße scheren, dort gehören sie hin!“ Darauf soll Kuhnert auf ihn zugetreten sein und ihm zugerufen haben: „Das ist eine Frechheit, so über die Nachtwächter herzuziehen!“ Dann habe ihn Kuhnert beim Kragen gepackt und ihn hinauszuschleifen versucht, ein Gast habe ihm von hinten einen Stoß versetzt, sodaß er hinausgeflogen sei. Draußen habe er sofort von den beiden Angeklagten Schläge ins Gesicht bekommen und trotz seines wiederholten Verlangens, losgelassen zu werden, sei er immer weiter geschlagen worden. Er habe dann gedroht, um Hilfe zu schreien, wenn man ihn noch einmal schlagen würde, als Antwort aber wieder Faustschläge erhalten. Verschiedene Personen haben ihn dann auch auf dem Wege zur Wache um Hilfe schreien hören, andere haben gesehen, daß er geschlagen wurde. Er ist dann auf der Straße besinnungslos zur Erde gesunken und als er wieder zur Besinnung gekommen, habe er sich, wie er bekundete, im Amtszimmer befunden und sei über und über mit Blut besudelt gewesen. Der Zeuge legte gestern dem Gerichtshofe sein von Blut völlig rot gefärbtes Taschentuch und sein blutiges Vorhemd, das er seit jener Mißhandlung aufbewahrt hat, vor. Auf der Polizeiwache habe er dann um seine Entlassung gebeten, da er um 7 Uhr seinen Dienst antreten wollte. Da sagte Kuhnert: „Na, dann werden wir es Ihnen noch einmal schenken!“ der Amtsdiener mußte Wasser bringen, er mußte sich das Blut abwaschen und wurde mit der Mahnung entlassen, von dem Vorgefallenen nichts zu sagen.

Auch hier bestritten beide Angeklagte die Darstellung des Garske, dessen Auftreten in dem Lokal von mehreren Zeugen als höchst peinlich und lärmend bezeichnet wurde. Andere Zeugen bekundeten, daß Garske sich seiner Sistierung durch Stemmen gegen die Erde widersetzt habe.

In einem dritten Falle hat sich am 8. Januar um 3 Uhr Morgens der Arbeiter Dienemann, der mit einem anderen Arbeiter die Königchaussee entlang kam, sich von diesem verabschiedet und ihm nicht allzu laut „Gute Nacht“ gewünscht. Da soll sofort Kuhnert auf ihn losgetreten sein und ihn gefragt haben, wo er wohne. Die Antwort: „In Weißensee“ hielt Kuhnert — für eine Verhöhnung. Er herrschte den Zeugen an, mit zur Wache zu kommen und legte ihm auch sofort eine Kette an, die er so fest anzog, daß der Sistierte heftige Schmerzen erlitt. Auf der Wache soll dann Kuhnert den Zeugen geduzt und als sich dieser solche Anrede verbat, ihm ein Paar Ohrfeigen gegeben haben. Dabei soll der Amtsdiener Zöllmann zugegen gewesen sein, den der Zeuge auf die Mißhandlung aufmerksam gemacht und um Schutz gebeten haben will. Zöllmann, der die Dienste eines Gefängniswärters in Weißensee seit vielen Jahren versieht, erklärte, sich eines solchen Vorfalls nicht zu entsinnen. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde seine Aussage protokolliert. Er erklärte dann unter anderem zu Protokoll, daß es hier und da wohl einmal vorgekommen sein mag, daß Kuhnert frechen Arrestanten, die ihm viel zu schaffen machten, eine Ohrfeige gehauen habe; auch sei es vorgekommen, daß er, Zeuge, wohl einmal in solchem Falle um Schutz angerufen worden sei, doch könne er sich auf einen Spezialfall nicht besinnen. — Staatsanwalt Brünning erklärte unter anderem, daß die Beweisaufnahme Mißstände ergeben habe, die hoffentlich nun abgestellt würden, wie zum Beispiel das Unterbringen von Arrestanten in ungeheizten Zellen während einer kalten Winternacht. Die Beweisaufnahme habe aber ferner ergeben, daß die Angeklagten nicht genügenden Respekt haben vor der persönlichen Freiheit des Staatsbürgers, denn zu den vorgenommenen Sistierungen habe kein ausreichender Grund vorgelegen. Nur die Möglichkeit, daß Kuhnert in den unter Anklage gestellten Fällen die betreffenden Personen für betrunken gehalten haben mag, habe die Staatsanwaltschaft bewogen, von einer Anklage wegen Freiheits-Beraubung abzusehen. Wenn Beamte, die für Ordnung und Sicherheit auf der Straße sorgen sollen, das Vertrauen ihrer vorgesetzten Behörde so arg täuschen und ihre Amtsgewalt so mißbrauchen, wie es die Angeklagten getan, so verlange dies eine nachdrückliche Strafe. Der Staatsanwalt beantragte gegen Kuhnert 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und sofortige Verhaftung, gegen Lange 4 Monate Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Knopf, hielt bei den widersprechenden Aussagen der Belastungszeugen und Entlastungszeugen den Schuldbeweis nicht für geführt. Das Gericht hielt die Schuld für erwiesen und verurteilte Kuhnert zu neun Monaten, Lange zu vier Monaten Gefängnis. — Eine auffallend milde Strafe gegenüber der Feigheit und Roheit der Beamten.

Partei-Angelegenheiten.

Kommunalwahlsieg. In Oberursel (Taunus) siegten am 2. d. M. bei der Stadtverordnetenwahl nach hartem Kampfe die Sozialdemokraten in der dritten Klasse. Gewählt wurden die Genossen Hübich, Lorenz und Stock. Zusammen mit dem Genossen Wick, der vor zwei Jahren gewählt wurde, haben wir nun vier Vertreter in diesem Stadtparlament.

Arbeiterbewegung.

Aufruf! Es wird vielfach das Gerücht verbreitet, die Aussperrung im Meißner Granitwerk Oswald Köhler, Meißen i. S. sei beendet. Das ist erfunden! Die Aussperrung bei genannter Firma besteht nach wie vor weiter.

Städtische Sozialpolitik. Die Kölner Akkord-Getreidearbeiter sind seit längerer Zeit ausgesperrt. Die Hafenverwaltung stellt sich auf den Standpunkt des rücksichtslosesten Privatunternehmertums. Sie begnügt sich nicht damit, schwarze Listen kursieren zu lassen, sondern greift zu ganz anderen Mitteln, um die Organisation niederzuknüppeln. Der Hafendirektor ist kraft seiner Gewalt als Hafenkommissar dazu übergegangen, einfach einem Teil der ausgesperrten Arbeiter das Hafengelände zu verbieten. Die Hafenpolizei, die stark vermehrt wurde, hat den ausdrücklichen Befehl, jeden Arbeiter, der auf der schwarzen Liste verzeichnet ist, bei jedem Betreten des Hafengeländes zu protokollieren. Durch dieses Vorgehen der Hafenverwaltung ist es den ausgesperrten Arbeitern unmöglich

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Von Robert Koch. Die Berliner Blätter melden: Geheimrat Professor Robert Koch ist von seiner Forschungsreise in Ostafrika zurückgekehrt und in Berlin eingetroffen.

Der „drahtlose“ Tod. Einem Telegramm zufolge ist, wie die „Volkswacht“ bereits kurz gemeldet, im Apparateraum der Marconi-Sendstation in Wellfleet ein Telegraphist tot auf gefunden worden. Aus der Lage und dem Aeußeren der Leiche glaubte man schließen zu können, daß der Tod nicht durch Berührung eines Hochspannung führenden Leitungsteiles entstanden ist. Trotzdem scheint es sicher, daß der Beamte von einem elektrischen Schlag getroffen ist. Man ist geneigt, den Tod auf bisher noch nicht bekannte physiologische Wirkungen der bei der Funkentelegraphie entstehenden Aetherwellen zurückzuführen.

Dazu schreibt ein Fachmann dem „B. T.“: Diese Annahme ist vollkommen falsch. Die Aetherwellen haben niemals irgendwie physiologische Wirkung. Es fehlt uns jedes Organ, ihr Vorhandensein wahrzunehmen. Schon einmal, bei der Explosion des französischen Kriegsschiffes „Jena“ im Hafen von Toulon, wurde von einer mystischen Wirkung der elektrischen Wellen gesprochen. Sie sollten damals das Pulver entzündet haben. Auch das ist vollkommen unmöglich. Diese hypothetischen Wellen, von denen wir überhaupt nicht wissen, ob sie so existieren, wie wir annehmen, können ja gar nichts Körperliches an sich haben, sondern nur ein Zustand des gleichfalls hypothetischen Aethers. So wird denn der unglückliche Telegraphist doch durch einen auf weite Entfernung übergesprungenen Funken aus der Starkstromleitung getötet worden sein, wenn er überhaupt auf elektrischem Wege ums Leben gekommen ist.

Aus aller Welt.

Was kostet der Prozeß Moltke-Harden? Wie bei fast allen Sensations-Prozessen wird auch angesichts des Moltke-Harden-Prozesses die Frage nach den Kosten lebhaft erörtert. Man geht in der Meinung fehl, daß diese Kosten, wie sonst in umfangreichen Prozessen, so besonders hoch sind. Abgesehen von dem Honorar, das der Graf Moltke mit seinem eigenen Vertreter vereinbart haben mag, hat er an Gerichtskosten 20 Mk., an Hardens Vertreter 24 Mk. und die an die Zeugen und die beiden Sachverständigen zu zahlenden Gebühren zu erstatten. Da die Zeugen an ihrem beruflichen Einkommen nichts oder doch nur sehr wenig eingebüßt haben dürften, und sonst nur die Rückgewähr ihrer baren Auslagen verlangen können, kommen auch hier nur geringe Beträge in Betracht, Beträge, die kaum über die Kosten für die Straßenbahn hinaus gehen. Für die Berufungsinstanz würden ebenfalls nicht höhere Kosten entstehen. So aufregend also auch der Prozeß gewesen ist, kostspielig war er nicht und man kann annehmen, daß mit 200 Mark die ganze Sache abgetan ist.

Tragödie eines Großstadtkindes. Der vermeintliche Lustmord, dem eine gewisse kleine Klara Schnabel in Stuttgart zum Opfer gefallen sein sollte, stellt sich als Tragödie eines Großstadtkindes heraus. Das erst vierzehnjährige Mädchen, das schon fünf Monate in anderen Umständen sich befand, war, laut „B. T.“, krank geworden und hatte sich erbrochen. Durch Stücken, die in die Speiseröhre gelangt waren, erstickte das arme Ding.

Skandalöse Zustände bei der Lübecker Polizei, wie sie kürzlich ein Prozeß Fischahn enthüllt hat, bilden eine hübsche Momentphotographie aus dem vielgepriesenen „Ordnungsstaat“. Aus der Zeugenvernehmung des Prozesses heben wir hervor: Polizeikassenverwalter Grap mußte zugeben, daß der Angeklagte mit Arbeiten überhäuft war, daß derselbe in Abwesenheit des Kassenverwalters sowohl die Register als auch die Kasse zu führen hatte, was gegen die Senatsverordnung verstößt, daß ungesetzliche „Schiebungen“ vorgekommen sind, die zur Täuschung der gesetzgebenden Körperschaft dienten und dem Polizeiinspektor Muck bekannt waren, sogar von ihm ausdrücklich gebilligt wurden. Ueber die berüchtigte S-Kasse, die Bordellkasse, durfte der Zeuge auf Befehl seiner Vorgesetzten nichts sagen. Soviel ging jedoch aus seinen Aeußerungen hervor, daß diese Kasse nicht durch das Budget ging, daß über dieselbe keine Abrechnung geführt und daß aus derselben Gratifikation für Polizeibeamte gezahlt wurden. Im übrigen mußte der Zeuge Grap sowohl als auch der Zeuge Bandhold die Angaben Fischahns über die saubere Wirtschaft auf der Polizeikasse bestätigen.

Ein Brand mit Milch gelöscht. Jetzt, wo der Liter Milch 22 bis 24 Pfennige kostet, einen Brand mit Milch zu löschen ist gewiß etwas Seltenes. Auf dem Rittergute Golzow in der Mark brach in dem großen Viehhause Feuer aus, das sofort eine ziemliche Ausdehnung annahm und das Vieh in große Gefahr brachte. Da gerade frisch gemolken worden war, nahm der Schweizer ohne sich weiter zu besinnen und die Spritzen abzuwarten, gegen 200 Liter frische Milch und hielt damit das Feuer bis zum Eintreffen der Spritzen nieder.

Weibliche Droschkenkutscher? Im Berliner Personenfuhrwesen scheint sich eine eigenartige Umwälzung vorzubereiten. Besitzer von Pferdedroschken tragen sich nämlich jetzt mit der Absicht, auch in ihrem Gewerbe weibliche Kutscher anzustellen. Den Anstoß dazu gab das Erscheinen der ersten „Droschkenchauffeuse“, die übrigens von 7 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens 120 Mark eingenommen haben soll. Schon in nächster Woche soll sich eine Sitzung der maßgebenden Organisationen mit dieser Frage beschäftigen.

Ein tapferer Minister. Aus Ungarns Hauptstadt wird gemeldet: Minister Kichy verwundete auf der Landstraße einen Bauern mit einem Revolverschuß, weil er seinem Automobil nicht ausweichen wollte. Der Bursche scheint Sitten aus dem wilden Westen von Amerika in Ungarn einführen zu wollen.

Letzte Schicht. Bei der Auflösung der letzten Nachtschicht in der der Cockerillgesellschaft gehörigen Colliard-Kohlengrube in Seraing (Belgien) ist der Förderkorb mit dreizehn Mann abgestürzt. Drei Arbeiter wurden getötet, acht schwer verletzt, zwei blieben unbeschädigt.

984 Mark für die Beförderung eines Motorrades! Die peinliche Genauigkeit der Eisenbahnverwaltung, wenn sie etwas zu erhalten hat, spiegelt sich in einem Vorfall wider, der der „Berliner Volkszeitung“ aus Jülich in der Rheinprovinz gemeldet wird. Ein dortiger Kaufmann gab gelegentlich eines Ausfluges sein verlagendes Motorrad zur Rückbeförderung bei der Bahn auf. In Jülich wurde ihm eine große Ueberraschung zuteil.

Er hatte vergessen, das Benzin herauszunehmen, was die Bahnverwaltung entdeckt hatte. Das Rad wurde nun nachträglich als — „Benzinsendung“ bewertet, und der Kaufmann wurde, da die Benzinsendung unrichtig deklariert worden war, mit einer Strafe von zwölf Mark für jedes Kilogramm Benzin belegt. Fracht und Strafe machte insgesamt die Summe von 984 Mark aus. Ob der Widerspruch gegen diese Forderung Erfolg haben wird, dürfte sehr zweifelhaft sein.

Eine stark verspätete Seeschlange. Folgende seltsame und schaudervolle Mär wird aus Calvi auf Korsika gemeldet: Am Montag gegen 2 Uhr Nachmittags bemerkten die Matrosen des Bootes „Marie-Luise“ gegenüber dem Vorsprunge des Turms von Porto eine ungeheure Masse schwimmender Körper, die sich auf eine Länge von nahezu 60 Metern ausdehnte. Beim Näherkommen erkannten die Fischer, daß die Masse den Körper eines riesigen Meeresungeheuers bildete. Die erschreckte Mannschaft ruderte verzweifelt nach Porto zurück. Die sofort zusammengeströmten Bewohner des Fleckens sahen von einer Bodenerhöhung aus das Ungeheuer, das erst gegen 4 Uhr verschwand. In der ganzen Gegend ist man darüber einig, daß das Ungetüm nur die Seeschlange sein kann. Die Fischer wagen sich gar nicht mehr auf das Meer hinaus. Sie verlangen dringend, man solle ein Torpedoboot aus Ajaccio schicken, um das schreckliche Ungeheuer zu verscheuchen. — Ein Flottenaufgebot gegen die Seeschlange ist jedenfalls das Allerneueste.

Ueber das Verschwinden der Kunstschätze aus französischen Kirchen findet man in einem Artikel von André Mauzel, den das „B. T.“ zitiert, eine interessante Aeußerung. Die Anfänge von Diebstählen in verschiedenen französischen Kirchen

[illegible] dadurch manchen ehrlichen Arbeiter brutal auf die Straße.

Ein Erfolg. Die Lohnbewegung bei der Nähmaschinen-, Fahrrad- und Motorwagen-Fabrik Adam Opel in **Rüsselheim** ist durch schriftliche Vereinbarung zwischen Firma und einer Arbeiter-Kommission beigelegt. Ein harter Kampf ist jedenfalls damit umgangen. Drei Stunden Arbeitszeitverkürzung, Lohnausgleich und anderes mehr ist erreicht worden.

Ein Kapitel aus der Geschichte der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine. Herr Bruno Pörsch, der vor zwei Jahren aus den freien Gewerkschaften ins Hirsch-Duncker'sche Lager abschwenkte, hat, wie die „Düsseldorfer Volkszeitung" meldet, mit dem 1. Oktober der mageren Hirsch-Duncker'schen Suppenschüssel wieder Valet gesagt. Er ist Parteisekretär der Freisinnigen Vereinigung für Rheinland-Westfalen geworden. Herr Pörsch kam damals mit großen Hoffnungen nach Düsseldorf. Mit ebenso großen Hoffnungen wurde er empfangen. Den Bemühungen der Erkelenz und Genossen war es gelungen, eine 3 Mal wöchentlich erscheinende Zeitung ins Leben zu rufen. „Westdeutsche Abendpost", Insertionsorgan ersten Ranges, Verbreitungsgebiet über 150 Ortschaften. Herr Pörsch wurde Redakteur! Nach einigen Monaten brach das Unternehmen zusammen! Obwohl in Rheinland-Westfalen ca. 25,000 Gewerkvereinsmitglieder vorhanden, konnte man nicht soviel Abonnenten zusammenbringen, um das Blatt zu halten. Vor einigen Wochen ging der Verlag, den man den hochtönenden Namen „Westdeutsche Verlagsanstalt" gegeben hatte, ganz ein und das Blättchen erscheint jetzt auf Rechnung und Gefahr des sogenannten Ausbreitungsverbandes für Rheinland-Westfalen. Die leitenden Geister der Düsseldorfer „Reformbewegung" sind nach und nach von der Bildfläche verschwunden. Statt der Ziegler, Erkelenz, Hastenberg sind kleinere Männer am Ruder. Erkelenz hatte vor einigen Monaten seinen „Reichstags-Wahlkreis" verlassen, nachdem er sich überzeugt hatt, daß alle Liebesmühe vergebens war. Die Bewegung am Orte geht immer mehr zurück. Die einzige Organisation, welche einige Bedeutung für sich beanspruchen konnte, war der Gewerkverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Im Jahre 1903 hatte dieser in Düsseldorf etwa 800 Mitglieder heute noch ca. 500. Und dieser Rückgang ist eingetreten, trotzdem man zwei Beamte anstellte, die das wracke Schifflein wieder flott machen sollten. Alles, was die freien Gewerkschaften auf agitatorischem Gebiete leisten, versuchte man nachzumachen, vergebens!

Streikurlauber. Auf dem Eisenwerk „Maximilianshütte" bei Amberg ist, wie wir schon meldeten, ein Streik ausgebrochen, weil die Direktion minimale Forderungen der Arbeiter brüsk abgelehnt hatte. Einige Christliche haben seit Beginn des Streiks ebenfalls die Arbeit niedergelegt. Jetzt stellt sich aber heraus, daß, nachdem sie bei der Direktion vorstellig geworden waren und erklärt hatten, nicht weiter arbeiten zu können, sie sich mit dem Oberingenieur dahin einigten, daß ihnen **auf unbestimmte Zeit Urlaub** gewährt werde und sie sich also nicht direkt am Streik beteiligten. Die Direktion selbst war es, die dies bekannt gab, da ihr daran liege, festzustellen, daß die Christlichen sich nicht am Streik beteiligen; eine Feststellung, die den braven Christlichen sehr unangenehm ist. Es sind wirkliche Musterknaben diese Herren, die ihren Arbeitskollegen gegenüber nicht als Streikbrecher gelten, es aber auch mit der Direktion nicht verderben wollen und sich deshalb für die Dauer des Streiks beurlauben lassen.

Der Streik im Rotterdamer Hafen. Der kleine Erfolg, den die streikenden Getreideträger damit errungen hatten, daß der Stauereiunternehmer Cornelsen und eine Anzahl englischer Reeder sich bereit fanden, Kontrakte auf Grundlage der höheren Löhne abzuschließen, ist im letzten Augenblick durch das organisierte Unternehmertum wieder zunichte gemacht worden. Die Organisation der Stauereiunternehmer und Reeder hatte Kenntnis von jenen Abmachungen erhalten und beschloß dann sofort, für die Dauer des Kampfes die Preise für die Getreidearbeit so weit herabzusetzen, daß es den Unternehmern, die die Arbeiterforderungen anerkannten, unmöglich werden sollte, mit ihnen zu konkurrieren. Sie wollten also lieber Geld zusetzen, als den Streikenden den kleinen Vorsprung gönnen, der allerdings geeignet schien, eine Wendung des Kampfes zu Gunsten der Arbeiter herbeizuführen. Die Streikenden legen der Sache jedoch keine große Bedeutung bei und halten nach wie vor entschlossen im Kampf aus. Die Unternehmer hatten bekanntlich den Freileuten, Getreidewägern und Kontrolleuren zugemutet, einen neuen Kontrakt zu unterschreiben, wonach sie, falls sie sich irgend eine Belästigung oder Unfreundlichkeit gegen arbeitswillige Getreideträger zuschulden kommen ließen, auf drei Monate von jeder Arbeit im Hafen ausgeschlossen werden sollten. Die betreffenden Arbeitergruppen haben es einmütig abgelehnt, eine solche Bestimmung zu unterzeichnen. Die Unternehmer haben nun die Durchführung ihrer neuen Maßregel bis zum Montag verschoben. Suchen sie dann ihren Willen durchzusetzen, so wird der Kampf durch die Aussperrung der Wäger und Kontrolleure verschärft.

Rollkutscher-Ausstand. Die Rollkutscher von Bordeaux traten Montag in den Ausstand. Die Polizei bewacht die Quais und Straßen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 5. November.

Geschichtskalender.

5. November.

1494 Hans Sachs, „Schuster und Poet dazu", in Nürnberg *.
1879 Der Physiker James Clerk Maxwell in Cambridge †.

Die Pflege des Chorgesangs in den Arbeiter-Vereinen.

Aus der Geschichte lernen wir, daß sich zugleich mit dem Aufsteigen unterer Volksschichten das geistige, das künstlerische Leben zu verjüngen pflegt. Mit dem 19. Jahrhundert erstand auf dem Gebiete der Vokalmusik das Gesangvereinswesen, als natürlicher Ausdruck der neuen, volkstümlichen Grundlage, auf welche sich die Musik stellte. Etwas unseren jetzt unzähligen Dilettanten-Vereinen Entsprechendes kannte das 17. und 18. Jahrhundert nicht. Die Chöre wurden in der Hauptsache von Fachsängern ausgeführt, und was damals von diesen verlangt wurde, grenzt beinahe an das Fabelhafte. Heutzutage setzen sich unsere Liederkränze, Chorvereine usw. überwiegend aus volkstümlichen Elementen zusammen, und mit der Pflege des Gesanges ist ein lebhaftes gesellschaftliches Treiben verbunden. Die Gattung des mehrstimmigen Männergesanges, siegreich durch die üppige, wenngleich monotone Schönheit des sinnlichen Klanges, ist ihrer Natur nach auf ein kleines Gebiet beschränkt, ein Gebiet überdies, das nicht auf der Hochebene der Kunst, sondern am Abhang derselben sich ausdehnt, wo die lustigen Brüder wohnen. So lange der Männergesang irgendwo im Glanz der Neuheit auftritt, übt er — ganz abgesehen von seiner geselligen Anziehungskraft — auch auf die Zuhörer einen eigentümlichen Zauber. Man glaubt, an dem reinen, scharfen Zusammenklang frischer Männerstimmen sich nicht satthören zu können und gibt sich mit der Dutzendware von Liebes-, Trink-, Vaterlands- und Scherzliedern gern zufrieden. Freilich macht sich mit der Zeit das Enge und Dürftige dieses Genres recht fühlbar, und man sucht durch Effekthascherei diesen schlichten Rythmen und Weisen einen neuen Reiz zu verleihen. Weit gefehlt. Nur das Einfache wirkt auf die Sänger selbst und überträgt sich von ihnen leichter auf die Hörer als das Gekünstelte. Die Proben, die der „Schlesische Arbeiter-Sängerbund" am Sonntag in Massenchören und Einzelvorträgen der verschiedenen Spezialvereine bot, legten so recht die Mängel bar, unter denen der heutige Männerchor-Gesang zu leiden hat. Es soll nicht die Aufgabe dieser Zeilen sein, die kritische Sonde an die Leistungen zu legen, sondern vielmehr gut gemeinte Winke und Ratschläge denjenigen Faktoren zu geben, die sich der unendlich großen Mühe unterziehen, gedeihlich auf den Musiksinn der arbeitenden Klassen einzuwirken. Die Musik ist eine mächtige Kupplerin; sie vereint die schroffsten Gegensätze, vermittelt den Ausdruck der Freude im Glück, gießt Balsam auf das unglückliche Gemüt, sie trägt es empor zu jenen reineren Höhen, von wo aus die niederen Kümmernisse sich kleiner ausnehmen, sie begleitet den Kämpfer der Freiheit auf seinen Pfaden.

Wo man singt, da laß' Dich ruhig nieder,
Böse Menschen haben keine Lieder,

ist ein sehr wahres Wort, und es ist nicht als ein bloßer Zufall anzusehen, daß der böse Geist Samiel in Weber's „Freischütz" nur eine Sprechrolle ist. Und wenn es eine Macht gibt, den Arbeiter von dem verderblichen Fusel abzuhalten und erstrebenswerteren Zielen zuzuführen, so ist es der Kunstgesang. Dazu gehört freilich noch etwas: die rechte Auswahl der Chöre. Am Sonntag hörten wir unter anderem den Hegar'schen Chor „Totenvolk", eine immens schwierige Komposition, deren Studium selbst routinierten Sängern Kopfzerbrechen verursacht. Was hier geleistet wurde, ist allen Lobes wert, aber ein Kunstgesang ist das nicht. Hier leuchtet aus jeder Zeile der Drill heraus, die Mühe, welche es gekostet hat, diesen im Grunde doch nicht musikalisch gebildeten Männern diejenige Treffsicherheit zu geben, welche es überhaupt ermöglicht, sich dem Chorstück einigermaßen zu nähern. Der Schluß war ein ratloses Draufgehen der Stimmen, das eher das Gegenteil der vom Autor beabsichtigten Wirkung erzielte. Und diese Unsumme von Zeit, die mit dem mühlosen Studium solcher Tonkolosse verbracht wird! Was der Ausführung moderner und modernster Massenchöre von vornherein entgegensteht, ist die Unverwendbarkeit der Tenöre. Die wenigsten Tenoristen, die am Sonntag mitsangen, verstehen es, das Falset richtig anzuwenden. Sache des Liedermeisters wird es sein müssen, vielleicht eine Viertelstunde vor Beginn des Chorgesanges methodische Gesangsübungen abzuhalten. Hätte man am Sonntag durch Anschlagen auf dem Klavier die ursprünglichen Akkorde mit denen verglichen, auf die der Chor durch die Tenöre zum Schluß gekommen war, es wäre eine erschreckende Differenz zu Tage getreten. Von der Schulung der Tenöre hängt das Gedeihen eines Gesangvereins ab und es kann nach dieser Richtung nie zu viel getan werden. Daß auch heute — ja gerade heute, wo die Komponisten sich die größte Mühe geben, allen geraden Melodien in weitem Bogen aus dem Wege zu gehen und lieber verkrüppelte Motive zu erfinden, deren Lebensfähigkeit schon mit ihrem Entstehen dahin ist, das schlichte Volkslied den begeistertsten Beifall auslöst, hat das hiesige Sängerfest zur Evidenz erwiesen. Auch der 1. Dezember wird es erweisen, daß die Mendelssohn'schen herzigen Weisen zu den Feld- und Waldgedichten Eichendorffs noch ebenso lebendig sind, als vor fünfzig Jahren. Was ferner geeignet ist, die Lust am Gesange bei den arbeitenden Klassen zu fördern, ist der gesunde Humor. Was man am Sonntag vorführte, waren entweder Totengesänge oder sentimentale Schmachtfetzen, die den Hörer traurig stimmen. Es gibt doch in der Literatur eine Unzahl fröhlicher Trinklieder, die wie Feuer zünden, und ebenso eine große Anzahl humorvoller Quartettgesänge. Es sei mir gestattet, ohne die Literaturkenntnis der — wie schon oben erwähnt — außerordentlich tüchtigen Herren Liedermeister im geringsten anzweifeln zu wollen, auf einige nicht schwere Chorstücke, auch heiteren Inhalts, hinzuweisen. „Trommellied" von Marschner, „Nachtigall" von Schubert, „Der Gondelfahrer" von Schubert, „Es lebt' eine Ratt' im Kellernest" von Liszt, „An einem Bächlein" von Waelreut, „Heimkehr" von Kamm, „Durch den Wald" von H. Schäffer, „Jung Volker" von C. Hirsch, „Sehnsucht" von Schubert, „Gesang der Geister" von Schubert, „Pagenlied" von Engelsberg, „Der Heini von Steyer" von Engelsberg, „Ei, ei, wie scheint der Mond" von Weber, „Geiger und Pfeifer" von Weber.

Der sehr erfreuliche Status, auf dem sich die Arbeiter-Gesangvereine befinden, läßt weitere Perspektiven erstehen. Es müßte doch ein leichtes sein, auch die Damen der bereits tätigen Sänger zusammenzuscharen und auch hier zu versuchen, künstlerische Resultate zu zeitigen. Ein Zusammenschluß der besten Sänger ergäbe dann einen, wenn auch kleinen, so doch gut geschulten gemischten Chor, der bei dem notorischen Mangel an solchen als ein wahres Bedürfnis im hiesigen Musikleben empfunden wird. Ein Versuch müßte sich lohnen. Dem Arbeiter-Sängerbunde aber, dem wohl am Sonntag ein erheblicher Zuwachs beschert worden sein mag, und seinen strebsamen Dirigenten ein fröhliches „Glück auf!" H. Märzt.

*** Das Preußenwahlrecht und die Breslauer Genossen.** Der sozialdemokratische Verein Breslau beschäftigte sich in seiner gestern Abend im Saale des Gewerkschaftshauses abgehaltenen Mitgliederversammlung mit dem bevorstehenden preußischen Parteitage.

Genosse Neukirch referierte zunächst über die Frage der Parteiorganisation in Preußen. Nicht davon solle geredet werden, daß die Parteigenossen in Preußen organisiert sein müssen, sondern darüber, wie diese Organisation innerlich auszubauen sei. Auf dem letzten Parteitage wurde die Zahl der organisierten Genossen in Deutschland auf 530,000 angegeben, wovon 260,813, also mehr als die Hälfte auf Preußen entfielen. Aber den Genossen in Preußen fehlt die eigentliche Leitung. Diese wurde bisher vom Parteivorstand mit besorgt, aber für die Regelung der speziellen preußischen Angelegenheiten bestand bisher keine besondere Stelle, wie dies sonst in den verschiedenen Bundesstaaten der Fall ist. Es handelt sich nun darum, eine Landesorganisation zu schaffen, schon mit Rücksicht auf die Wahlrechtsbewegung, um ein schnelleres Vorgehen zu ermöglichen. Redner erläutert sodann die bisher zu dieser Frage gemachten Vorschläge. Er selbst ist der Meinung, daß eine Landeskommission zu bilden ist, die aus je einem Vertreter jeder Provinz, also aus zwölf

---

ausgeführten Diebstähle, über die an anderer Stelle unseres Blattes berichtet wurde, sind nach seiner Meinung nichts gegen den Verlust der zahllosen Kunstgegenstände, die in der letzten Zeit aus den französischen Kirchen verschwunden sind. Obwohl natürlich theoretisch die Regierung die Aufsicht über die Kirchenschätze hat, sind sie praktisch doch ganz den betreffenden Pfarrern überlassen, und Altertumshändler aus ganz Europa und Amerika fahren im Automobil von Kirche zu Kirche und machen den Geistlichen ihre Angebote.

„Man frage die", schreibt Maurel, „die im letzten Jahre Pariser und andere Kunstsammlungen besucht haben. In jeder Kollektion wird der Besitzer mindestens einen Gegenstand voll Stolz vorzeigen, der aus einer Kirche stammt. Ich persönlich habe bei einem von ihnen ein Emailkreuz in Schmelzarbeit aus dem zwölften Jahrhundert gesehen, das von höchstem historischen Wert war. Es gibt in Frankreich mehr als dreißigtausend Kirchen, die für Kunstgeschichte und Archäologie wertvolle Gegenstände bergen. Die materielle Unmöglichkeit, eine so große Anzahl von Kirchen und Kirchengeräten sorgfältig zu überwachen, gibt sie der Habsucht und der Nachlässigkeit preis. Diese Lage der Sache beunruhigt die Behörden seit langem. Sie sind heute so machtlos, wie sie es vor zwei Jahren waren, bevor die Trennung noch völlig durchgeführt war. Verfolgen und bestrafen? Einmal wäre es nicht möglich, wieder alles nach Frankreich zu bringen, was in Amerika ist; dann kann man auch gar nicht so viel Prozesse in ganz Frankreich anstrengen. Wie die Dinge gegenwärtig stehen wird uns bald auf dem Lande und in den Städten an Kunstsachen in den Kirchen nichts mehr bleiben, als was in die Mauern eingelassen oder was zum Gottesdienst unbedingt notwendig ist."

Diese Gaunerei im Großen wirft ja auf die Pfaffen ein allerliebstes Licht. Eine nette Sorte von Gottesmännern!

Der Magen der Kirche ist unersättlich. Das geht am besten daraus hervor, daß die Kirche bemüht ist, überall, wo es nur irgend geht, Geld locker zu machen. Eine der hauptsächlichsten Geldquellen bildet die Kirchensteuer. Es verschlägt der Kirche nicht im geringsten, Geld auch von denen zu nehmen, die gar nichts von ihr wissen wollen; sie bezieht sich dabei auf das Gesetz, nach dem sie Steuern erheben kann von Leuten, die auch nur der Form nach der Kirche angehören, sonst aber Kirche Kirche sein lassen. Nur wer gerichtlich seinen Austritt aus der Landeskirche erklärt hat, ist von der Zahlung der Kirchensteuer befreit. Wie wir schon wiederholt gezeigt haben, läßt die Kirche aber auch diese Personen, von denen sie nichts zu fordern hat, keineswegs in Ruhe. Die Kirchenbücher sind so sehr in „Ordnung", daß zahlreiche Personen als [illegible] geführt werden, die oft seit Jahrzehnten ihren Austritt aus der Kirche erklärt haben. Es befinden sich Personen in den Kirchenbüchern, die nie die Taufe empfangen haben und die von Eltern geboren wurden, die der Kirche nie angehörten. Wie kommen diese Personen in die Bücher? „Dieser Tage nahmen wir", so meldet der Vorwärts, „Einsicht in zwei von der Stadtsynode ausgegangenen Steuereinschätzungen, die ehemaligen Juden zugegangen waren. Wie kommen diese in die evangelischen Kirchenbücher? Nebenbei bemerkt, waren diese Personen auch bereits seit einigen Jahren aus der Kirche amtsgerichtlich ausgeschieden. Mit der katholischen Kirche steht es nicht besser aus. Besonders die St. Sebastian-Kirchengemeinde scheint in der Heranziehung zur Kirchensteuer etwas los zu haben. Aus dieser Gemeinde liegen uns heute gleich zwei Fälle von unberechtigter Veranlagung vor. Ein Arbeiter in der Utrechterstraße ist seit Lebzeiten mit Frau und Kindern stets evangelisch gemeldet, die katholische Gemeinde will von ihm Steuern haben. Wie kommt sie dazu, diese Familie als katholische Kirchenmitglieder zu führen? Unser Parteispediteur in der Ackerstraße ist seit 24 Jahren aus der evangelischen Kirche ausgeschieden, schadet nichts, die St. Sebastiangemeinde schickt dem Genossen einfach eine Zuschrift, daß er als Mitglied der Kirchengemeinde 3.20 Mark Steuern bezahlen soll."

Wenn in dieser Weise die „Ordnung" in den Kirchenbüchern geführt wird, so haben wir wohl ein Recht, die Statistik über die Zugehörigkeit zu den einzelnen Kirchengemeinden, die amtlich aufgemacht wird, für vollkommen mangelhaft und unzuverlässig zu bezeichnen. Die Kirchenbehörden sagen sich einfach: Klappt es, dann klappt es! die Hauptsache ist, daß wir recht viel Geld in den Beutel bekommen.

Kleine Chronik. Das Schwurgericht Torgau verurteilte den 1887 geborenen Buchdrucker Otto Wilhelm Winne wegen Mordes zum Tode und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Der Verurteilte hatte seine Geliebte, die noch nicht neunzehn Jahre alte Schneiderin Hedwig Dreßler, in Liebenwerda auf der sogenannten Liebesinsel erwürgt und dann in den Mühlengraben geworfen. — Das Automobil der Prinzessin Luise von Belgien ist in Genf beschlagnahmt worden. Sie hatte auf den 41,000 Fr. lautenden Wagen Anzahlungen bis auf einen Rest von 3000 Fr. geleistet. Das Automobil geht ohne Rückvergütung an den Verkäufer zurück. — Während in der Nuova Immacolatella in Neapel die Aushebung für die Marine vorgenommen wurde, brach infolge des großen Andranges der [illegible] ein Teil der Treppe ein. Ungefähr 60 Personen stürzten in die Tiefe. Fünfzehn Personen wurden verletzt, zwei davon schwer. — Die Braunschweiger Polizei verhaftete den Briefträger Mansfeld, der dringend verdächtig ist, auf dem Hauptpostamt einen Brief mit einem Scheck über 125 Pfund Sterling entwendet zu haben. Der Scheck war von einer [illegible] Bank ausgestellt und wurde bei der Braunschweiger Privatbank zu Wolfenbüttel von [illegible] Mann eingelöst, den der betreffende Bankbeamte in Mansfeld wiedererkannte.

* * *

Humoristisches.

„Nationale" Arbeiter.

Ihr Leute, wenn ihr fromm und gut
Nur betteln kommt und bitten,
Nicht aber trotzig fordern tut,
Dann seid ihr wohlgelitten.
Sobald ihr euch von Bebeln kehrt
Und von dem roten Singer,
Man gnädigst eure Wünsche hört
Und reicht euch einen Finger.

Und kommt ihr mal zusammen wo
Zu schüchternem Geflüster,
Läßt huldreichst nieder den Popo
Ein hoher Herr Minister.
Der lauscht, was ihr zu wünschen wagt,
Und hält auch selbst 'ne Rede,
Und was er euren Ohren sagt,
Das ist hübsch leer und öde.

Und eure Führer dürfen auch
Den Bülow mal besuchen,
Der stopft den Herren voll den Bauch
Mit Kaffee und mit Kuchen,
(Vielleicht war's auch nur Brot und Bier;
Ich hab's ja nicht gesehen,)
Läßt tragen sie ihr Sprüchlein für
Und dann sie wieder gehen.

Auf solche Art, da könnt ihr nie
Die hohen Herrn erbosen,
Sie wahren euch die Sympathie
Bei allen euren Chosen,
Man sagt euch selbst ein freundlich Wort
Für euer Wohlverhalten,
Und seid ihr E—dlen wieder fort,
Bleibt alles hübsch — beim Alten!

* * *

Treibjagd. Bei der nächsten Jagd werde ich nur Arbeiter aus meiner Fabrik verwenden, die werden doch wenigstens nachher auf Kosten der Krankenkasse behandelt.

Veteranenfürsorge. „Ich bitt' recht schön um eine kleine Unterstützung." — „Was schon wieder? Wir haben Ihnen doch erst voriges Jahr Ihr Holzbein streichen lassen." („Simpl.")

Personen bestehen soll. Dagegen möge man aus materiellen und sonstigen Gründen die Führung der Geschäfte dem Parteivorstande weiter überlassen, von dessen Mitgliedern aber mindestens ein oder zwei Genossen ausschließlich die preußischen Angelegenheiten erledigen sollen. Redner gibt dann noch ein Bild der gegenwärtigen Parteiverhältnisse in Preußen. Die 260,813 organisierten Genossen bedeuten seit dem Vorjahre einen Zuwachs von 78,208. Wir haben in Preußen 20 Parteisekretäre. Bei den letzten Landtagswahlen wurden 314,000 und bei den Reichstagswahlen 1,615,000 sozialdemokratische Stimmen in Preußen abgegeben. So sei nun zu hoffen, daß die Neuregelung der Organisationsverhältnisse Gutes mit sich bringt, vor allem, daß wir zu einem Wahlrecht kommen, das eines Kulturstaates würdig ist.

Darauf sprach Genoss Löbe über die Wahlrechtsbewegung in Preußen. Daß das gegenwärtige Wahlrecht, das 85 Prozent der Bevölkerung von jeder Einwirkung auf die Parlamentsgeschäfte fernhält, reformbedürftig ist, sei bekannt. Ebenso auch, daß im Landtage über Dinge verhandelt und beschlossen wird, die für die breitesten Schichten der Bevölkerung von größtem Interesse sind, so über die Eisenbahnverhältnisse, das Schulwesen, unser Polizei- und Gerichtssystem usw.

In unserer Reichspolitik findet die Reaktion im preußischen Landtage ihren Rückhalt. Denken wir an die verschiedenen Uebergriffe der preußischen Regierung gegenüber den Stadtverwaltungen. Das kommunale Wahlrecht wird durch den Landtag bestimmt. In Breslau hat uns der Polizeipräsident unter einem Bruch des Gesetzes an der Ausübung des Versammlungsrechts gehindert, aber niemand sitzt im Abgeordnetenhause, der vom Polizeiminister Rechenschaft fordert. Man denke, wie sich die preußische Regierung gegenüber der Frage der Feuerbestattung benimmt, weiter an den Bremserlaß, der die Kommunen an einer zeitgemäßen Erhöhung der Lehrergehälter hindert, weiter an den Geist, der von der preußischen Regierung ausgeht, aus dem heraus den Arbeitern die städtischen Turnhallen verschlossen werden usw. Kein Wahlrecht ist schon seit Bismarck in der Theorie so sehr angefochten worden als das preußische.

Redner weist dann auf die verschiedenen Anträge auf Wahlrechtsänderung, die im Laufe der Jahrzehnte von bürgerlicher Seite zwar eingebracht, aber nicht verwirklicht worden sind und kommt dann auf die gegenwärtige Situation zu sprechen. Sofern es unter dem Block nicht zur Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts komme, dann ist es nötig, abermals in eine außerparlamentarische Aktion einzutreten, bei der wir allerdings nicht mit Straßendemonstrationen und Massenstreik anfangen, sondern aufhören werden, nachdem wir vorher das Volk in Wort und Schrift genügend aufgeklärt und vorbereitet haben werden. Zunächst werden wir aber mit besonderer Energie für die Beteiligung an der nächsten Wahl eintreten müssen. Bei der vorigen Wahl waren wir mit 314,000 Stimmen die zweitstärkste Partei und vermochten kein Mandat zu erringen, während die Konservativen mit 324,000 Stimmen es auf 143 Abgeordnete brachten. Sorgen wir dafür, daß es in Preußen recht bald eine Million Männer gibt, die sich bei der Wahl nicht scheuen, sich öffentlich zur Sozialdemokratie zu bekennen.

Beide Vorträge wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Es folgte sodann eine längere Diskussion, an der sich die Genossen Klippel, Radlof, Günther, Schramm, Witte, Rösler, Liepelt und Albert beteiligten. Sodann wurde zur Wahl von Delegierten geschritten. Gewählt wurden die Genossen Löbe mit 137 und Neukirch mit 82 Stimmen und unsere beiden früheren Reichstagsabgeordneten, die Genossen Eduard Bernstein mit 119 und Franz Tutzauer mit 106 Stimmen. Außerdem erhielten die Genossen Albert 46, Philipp 38, Rother 34 und Grunow 11 Stimmen, während eine kleinere Anzahl von Stimmen sich zersplitterte. Am Schluß, nachdem noch Genosse Herrmann die Quartalsabrechnung erstattet hatte, wies Genosse Schramm noch auf die Mittwoch Abend im Saale des Gewerkschaftshauses stattfindende Protestversammlung hin, die sich mit dem Streiche des hiesigen Magistrats, der der freien Turnerschaft auch die letzte Turnhalle entzogen hat, beschäftigen wird.

Württemberger Richter auf der Suche nach dem Handabhacker.

Vor der zweiten Strafkammer des Stuttgarter Landgerichts fand gestern die Verhandlung gegen den Genossen Berthold Heymann als verantwortlichen Redakteur des „Wahren Jakob" wegen Beleidigung der Breslauer Schutzmannschaft statt. Aus Anlaß der Polizeischlacht auf dem Striegauer Platz hatte der „Wahre Jakob" am 15. Mai ein Bild: „Das Pfingstwunder von Breslau" gebracht. Der Breslauer Polizeipräsident, der gegen die „Volkswacht" trotz ihrer „schamlosen und erlogenen" Darstellung jener Polizeitaten vom 19. April keinen Strafantrag gestellt hatte, ließ durch die Staatsanwaltschaft gegen das Stuttgarter Witzblatt Anklage wegen Beleidigung der gesamten Breslauer Schutzmannschaft anstrengen.

Doch die württembergischen Richter werden Herrn Dr. Bienko nicht allzu viel Freude bereitet haben. Wie uns gemeldet wird, beschlossen sie, auf Antrag der Verteidigung und des Staatsanwalts zum Zwecke der Erbringung des Wahrheitsbeweises die **kommissarische eidliche Vernehmung einer größeren Zahl Breslauer Schutzleute** und einer Reihe der durch Säbelhiebe verletzten Personen. Vorher waren bereits verschiedene Urteile Breslauer Gerichte verlesen worden, aus denen hervorgeht, daß Schutzleute in verschiedenen Fällen vorschriftswidrig gehandelt haben.

Durch den erwähnten Beschluß der Stuttgarter Strafkammer werden die gesamten Krawallvorgänge wieder aufgerollt und nach manchen sehr wichtigen Richtungen hin wird ihr Bild die erforderliche Ergänzung finden. Hoffentlich wird den württembergischen Richtern es möglich werden, zu finden, was der Breslauer Polizei, dem Breslauer Untersuchungsrichter und den Breslauer Straf- und Zivilrichtern zu finden nicht gelingen wollte: den feigen Handabhacker.

Wir unsererseits werden die Leser der „Volkswacht" über alle Einzelheiten dieser Sache prompt und ausführlich berichten.

Ratschläge für das Aushängen von Nistkästen.

1. Da die Nistkästen vielen Vögeln während des Winters als Unterschlupf und Wohnung dienen, empfiehlt es sich, dieselben schon im Monat November aufzuhängen. Legt man von Zeit zu Zeit Sämereien hinein, so dienen sie während der Hungerperiode als höchst willkommene Futterkästen.

2. Beim Aufhängen beachte man, daß der Kasten sich fest an die Aeste oder den Baumstamm anschmiegt. Die Rückenleiste ist daher oben und unten mit Löchlein zum Befestigen mit Nägeln oder Draht versehen. Bewegliche Kästen werden verschmäht.

3. Man gebe dem Kasten eine leichte Neigung nach vorn, wenigstens darf er nicht rückwärts geneigt sein.

4. Man richte das Flugloch nach der Gegenseite, woher der rauhe Wind kommt. Beste Richtung ist Südosten.

5. Der Platz sei weder zu hell, zu dunkel, noch zu auffallend. Dornen oder weitmaschiger Draht schützen vor den Katzen.

6. Baumgruppen werden einzelstehenden Bäumen vorgezogen. Für die meisten Vogelarten genügt ein Nistkasten auf dem Baum. Für Stare kann man mehrere Kästen auf einem Baume anbringen.

7. Die Höhe kann drei bis sechs Meter betragen.

8. Alte Nistplätze werden bevorzugt; daher sorge man dort, wo schon genistet wurde, für dauernde Nistgelegenheit.

9. Da die Nistkästen sowohl der größten Kälte als Hitze ausgesetzt sind, können Sprünge, Spalten und Ritzen entstehen, welche den nistenden Vögeln unangenehm sind. Am besten hilft man sich, indem man diese Oeffnungen mit Faßunschlitt, Talg oder Wachs zustreicht.

---

* **Abermals eine Verschlechterung der Bäckerei-Arbeitszeit.** Die Reichsregierung ist auf Antrag der Württembergischen Regierung mit Erhebungen beschäftigt, ob in den Bäckerei- und Konditoreibetrieben die Zeit für die Vorarbeiten noch um eine weitere halbe Stunde verlängert werden soll. Als Ersatz dafür will man die Bestimmungen über die ununterbrochene tägliche Ruhezeit eventuell dahin abändern, daß sie von acht auf neun Stunden erstreckt wird. Die Gewerkschaften verlangen aber, daß die sogenannten Vorarbeiten mit in den zwölfstündigen Maximalarbeitstag eingerechnet werden und es wird daher binnen kurzem eine allgemeine Protestbewegung unter den zentralorganisierten Arbeitern und Arbeiterinnen Deutschlands einsetzen, zu welcher schon jetzt der Hauptvorstand des Bäckerverbandes die einzelnen Zahlstellen auffordert.

* **Invalidenversicherung durch Dritte.** Das Reichsversicherungsamt hat kürzlich entschieden, daß freiwillige Invalidenversicherungsbeiträge, die ein Dritter für einen Versicherten ohne dessen Zustimmung entrichtet, rechtswirksam sind, wenn der Versicherte die Entrichtung nachträglich ausdrücklich oder stillschweigend genehmigt. In der betreffenden Entscheidung, die einen Fall betrifft, in dem ein Magistrat den Beitrag auf Armenrechnung geleistet hatte, betont das Amt ausdrücklich, daß die Auffassung des Schiedsgerichts, als sei die Weiterversicherung ein persönliches Recht des Versicherten, das begrifflich nicht durch Dritte ohne ausdrückliche Ermächtigung ausgeübt werden könne, rechtsirrtümlich ist.

* **Die Einnahmen an städtischen Verbrauchssteuern** in Breslau im 2. Vierteljahr des Rechnungsjahres betrugen in Mk.: Schlachtsteuer 452,483, Fleischsteuer 40,835, Geflügelsteuer 31,592, Wildsteuer 11,155, Biersteuer 20,756, Braumalzsteuerzuschlag 81,171, zusammen 637,992. Hiervon gehen ab 10 Proz. Verwaltungskostenbeitrag mit 63,799 Mk. und 2205 Mk. für die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses, sodaß für die Stadtgemeinde eine Einnahme von 571,988 Mk. verbleibt.

* **Die freie Jugendorganisation** hielt letzten Sonnabend im Gewerkschaftshause ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Herr Redakteur Kaul hielt einen Vortrag über das Thema: „Wie baut man einen Vortrag auf?" Der Referent führte aus, daß eines der notwendigsten Mittel zur Betätigung im öffentlichen Leben die Rede sei. Man spreche auch von einer Redekunst. In Griechenland und Rom wurde die Redekunst besonders gepflegt, indem Redeschulen gegründet wurden. Zu den bedeutendsten Rednern des Altertums zählten der Grieche Demosthenes und der Lateiner Cicero. Wer gewohnheitsmäßig rede, bei dem bilde sich die Technik des Vortrages und die Redefertigkeit von selbst aus. Eine wichtige Frage sei: Wie vollzieht sich der Denkprozeß? Wir denken in Worten und Gedanken. Wer nicht klar gedacht habe, könne sich auch nicht klar aussprechen über das betreffende Thema. Voraussetzung einer guten Rede sei deshalb das klare Erfassen des Stoffes. Jeder, der eine klare Rede halte, habe auch klar gedacht. Der Vortrag lasse sich in zwei Hauptteile zergliedern, die wiederum in mehrere Unterabteilungen zerfielen. Zu den Hauptteilen gehörten 1. die Vorbereitung, 2. die Art und Weise, wie wir das Vorbereitete vortragen wollen. Zum ersten Punkt gehöre vor allem die Materialsammlung, der alles eingefügt werden müsse, was wichtig sei. Der Aufbau des Vortrages auf Grund des Materials müsse wie ein Aufsatz angefertigt werden. Es müsse also eine Disposition aufgestellt werden, die folgende drei Abteilungen aufzuweisen habe: Einleitung, Ausführung, Schluß. Diese Einteilung lasse sich je nach dem zu behandelnden Stoff noch weiter zergliedern. Herr Kaul erläutert dies an einem viel behandelten Stoff: Leben ist Kampf. Der Vortrag müsse aber auch so aufgebaut werden, daß eine Steigerung stattfinde. Der Redner dürfe nicht — um im Bilde zu reden — allen Wein gleich verschleudern, sondern ihn erst nach und nach verschenken. Dadurch erst würde der Vortrag die höchste Wirkung erzielen. Wenn zum Beispiel ein Vortrag gehalten werden solle über das Wesen der Jugendorganisation, so müsse sich der Redner zuerst die Fragen vorlegen: Warum ist eine Jugendorganisation notwendig? Wie ist die Lage der jugendlichen Arbeiter beschaffen und wie ist dieselbe am ehesten zu verbessern? Als letzte Frage, die im Vortrag erörtert werden muß, komme in Betracht: Welcher Jugendorganisation müssen wir uns anschließen? Der Gedankengang des Vortrages müsse sich folgerichtig entwickeln, Geschlossenheit und Steigerung aufweisen. Jedem Vortrage müsse man eine Einleitung geben, um die Zuhörer geneigter zum Zuhören zu machen und sie auf die allgemeine Bedeutung des Themas aufmerksam zu machen. Der Schluß des Vortrages müsse dazu dienen, um den Zuhörern die Lehren mit auf den Weg zu geben. Es empfehle sich deshalb ein wirkungsvoller Schluß.

Wenn jemand in der Diskussion reden wolle, so müsse man sich über alle die Dinge Notizen machen, die einem aufgefallen seien und die der Richtigstellung oder Ergänzung bedürfen. Es sei aber eine Unart, in der Diskussion zu sprechen, wenn man nichts Neues zu sagen habe.

Redner kommt nun auf den zweiten Hauptpunkt zu sprechen: Wie man vortragen solle. Hier müsse unterschieden werden: 1. der Gebrauch der Stimmmittel, 2. alles das, was mit den Bewegungen des Körpers und der Glieder (Gesten) zusammenhänge. Zu 1. müsse die Stimme den Zuhörern angepaßt sein — also deutlich gesprochen werden. Richtiges Betonen der einzelnen Worte sei ebenfalls notwendig. Mit der Stimme hänge die Geste zusammen. Es gäbe wohl kaum einen Redner, der sich nicht der Geste bediene. Um beide Mittel wirkungsvoll anzuwenden, sei Selbstbeobachtung und Selbsterziehung unbedingt am Platze, wobei Redner als Beispiel Demosthenes anführt, der sich, um ein Redner zu werden, an das Meer und vor den Spiegel gestellt habe. In strenger Selbstkritik habe sich dieser Mann allmählich zu einem der bedeutendsten Redner aller Zeiten entwickelt. Jeder, der sich zum Redner ausbilden wolle, müsse Ablesen und Auswendiglernen möglichst vermeiden, sonst verliere er den geistigen Zusammenhang mit den Zuhörern. Zum Schluß seines Vortrages versichert Herr Kaul, daß er nur die wichtigsten Punkte habe berühren können. Immerhin glaube er, den jungen Arbeitern einen Wegweiser gegeben zu haben, wie sie es machen müßten, um sich als Redner auszubilden. Die Redekunst ist eine mächtige Waffe und gerade die Arbeiter sollten versuchen, sie ausgiebig zu üben und zu pflegen, um bei passenden Anlässen davon Gebrauch zu machen.

Der prächtige, lehrreiche Vortrag wurde von den zahlreich Erschienenen mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nach unwesentlicher Debatte wurde die Frage erörtert: Halten wir ein Stiftungsfest? Die Versammlung stimmte zu, wobei der Wunsch des Kollegen Dombrowski, das Fest möge kein Tanzfest sein, Berücksichtigung finden soll. Um die Einzelheiten festzusetzen, wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt. Die Kollegen Großer und Peltert gaben dann eine Beschreibung der Tour, die 14 Mitglieder der Organisation am 27. Oktober in die Umgebung von Breslau gemacht. Die mit Humor gewürzten Schilderungen wurden allgemein mit Beifall aufgenommen.

Auf Vorschlag Radlofs soll am Bußtage (20. November) im Gewerkschaftshause ein Schiller-Abend stattfinden. Es soll ein Vortrag über Schiller gehalten werden und sich daran Rezitationen aus seinen Werken anschließen. — Kollege Paschke schlug für einige Stadtteile Hauskassierer vor, die von der Versammlung bestätigt wurden. Vorsitzender Simon schloß gegen 11 Uhr die schön verlaufene Versammlung.

Am 16. November wird im Billardzimmer des Gewerkschaftshauses ein Vortrag gehalten werden über die Lehrlingsverhältnisse.

* **Preiserhöhungen im Barbiergewerbe.** Die Freie Vereinigung der selbständigen Barbiere, Friseure und Perückenmacher zu Breslau hielt am Montag Abend im Restaurant „Grünes Bergel" ihre Mitgliederversammlung ab. Man beschäftigte sich dort u. a. auch mit der Frage einer Preiserhöhung im Gewerbe, nachdem eine solche vor kurzem auch die hiesige Innung beschlossen hatte. Man stimmte schließlich folgendem Minimalpreis-Tarife durch Unterschrift zu: für Rasieren 15 Pf., für Rasieren und Spitzbartschneiden 25 Pf., für Haareschneiden 25 Pf., für Bartschneiden 25 Pf., für Haare- und Bartschneiden 50 Pf., für Frisieren 15 Pf., für Kopfwaschen 20 Pf., für Haarebrennen 50 Pf., für Schnurrbartbrennen 10 Pf., für Kinderhaareschneiden 15 Pf., halblang 20 Pf., im Abonnement Rasieren nicht unter 12½ Pf. Für Sonn- und Feiertage-Haareschneiden erhöhte Preise. Für besondere Ansprüche dementsprechende Erhöhungen. Für auswärtige Kundschaft zwei Mal die Woche Rasieren 1.50 Mk., für jedes weitere Mal 50 Pf. mehr. Im Anschluß hieran beschloß man weiter, diesen Preistarif in den Geschäftslokalen durch Plakate sichtbar auszuhängen. Hierauf wurde noch zum Ladenschluß der drei zweiten Festtage im Jahre mitgeteilt, daß sich bisher 310 Geschäfte gemeldet haben, die sich hierfür erklärten.

* **Der Arbeiter-Turnerbund gegen das Wetturnen.** Kürzlich hat der Arbeiter-Turnerbund eine Urabstimmung vorgenommen, um zu ermitteln, wie die Mitglieder zum Wetturnen stehen, ob sie die Zulassung des jetzt untersagten Konkurrenzturnens mit Verteilung von Kränzen oder Diplomen für zweckmäßig erachten. Jetzt liegen die genauen Ziffern der Abstimmung vor. Die drei den Mitgliedern vorgelegten Fragen lauteten: 1. Soll im Arbeiter-Turnerbund das Einzel-Wetturnen gestattet sein? 2. Dürfen beim Wetturnen Kränze verteilt werden? 3. Dürfen beim Wetturnen Diplome verteilt werden? Insgesamt stimmten 1001 Vereine ab, wobei 40,014 giltige Stimmen abgegeben wurden. Ueber Frage 1 stimmten 16,195 mit Ja, 23,819 mit Nein ab, Frage 2: 8626 mit Ja, 26,165 mit Nein, Frage 3: 15,501 mit Ja, 19,583 mit Nein. Gegen das Einzelwetturnen wurde also eine Mehrheit von 7624 Stimmen abgegeben und damit ist die Einführung des Einzelwetturnens im Bunde abgelehnt. Bei der eventuellen Annahme des Einzelwetturnens wurden für die Verteilung von Kränzen 8626 Stimmen abgegeben, dagegen jedoch 26,165 Stimmen, also ein Mehr von 17,539 Stimmen. Für die Abgabe von Diplomen sind 15,501 Stimmen abgegeben, dagegen 19,583 Stimmen, also auch hier ein Mehr gegen Diplome von 4082 Stimmen. Ungiltige Stimmen wurden insgesamt 524 abgegeben und nach dem 15. Oktober, dem festgelegten Einsendungstermin, gingen noch Resultate von 88 Vereinen ein mit 2584 abgegebenen Stimmen. Von diesen stimmten für Frage 1: 1278, dagegen 1301, für Frage 2: 731, dagegen 1438, für Frage 3: 614, dagegen 1125. Auch hier sind also die ablehnenden Stimmen bei allen drei Fragen in der Majorität.

* **Der Schwimmlehrer.** Wegen einer Extravergütung von 150 Mk. klagte der Schwimmlehrer W. gegen den Neuen Schwimmverein. Er war voriges Jahr als Schwimmlehrer beschäftigt worden. Da er aber zu verschiedenen Malen Anlaß zur Unzufriedenheit gegeben hatte, wurde er seiner Stellung enthoben. Ende des Jahres 1906 trat bekanntlich die Eiskatastrophe ein und die Badeanstalt an der Salzstraße wurde zerstört. W. wandte sich an ein Mitglied der Genossenschaft mit der Bitte um Wiederanstellung. Obwohl man Bedenken trug, ihn wieder anzunehmen, erfüllte man doch seine Bitte. Mit einem Wochenlohn von 30 Mk. erfolgte seine Anstellung für die Badesaison 1907. Er hatte zuvörderst bei der Wiederaufrichtung der Anstalt tätig zu sein. Er behauptet nun, und das ist der Streitpunkt, daß ihm dafür eine Belohnung von 150 Mk. neben seinem Lohne versprochen worden sei, die ihm jetzt verweigert werde. Die Beweiserhebung fiel indessen sehr zu seinen Ungunsten aus, der Vorsitzende der Genossenschaft bestritt auf das entschiedenste, daß dem Kläger eine derartige Zusage gemacht worden sei, er sei nur auf die Fürsprache eines Vereinsmitgliedes hin wieder beschäftigt worden, zu einer besonderen Vergütung habe nicht die geringste Veranlassung vorgelegen. Der Kläger dagegen blieb bei seiner Behauptung stehen, er habe seinerseits den Arbeitern 50 Mark versprochen, wenn sie sich mit der Arbeit sputen, das hätte er gewiß nicht getan, wenn ihm keine Zusage gemacht worden wäre. Das Gewerbegericht kam zu der Ueberzeugung, daß wohl ein Mitglied des Vereins von einer Belohnung gesprochen haben mag, daß aber die Genossenschaft selbst eine solche nicht bewilligt hat. Der Kläger wurde infolgedessen mit seinem Anspruch abgewiesen.

* **Das städtische Speisehaus ist kein gewerbliches Unternehmen.** Eine Angestellte des städtischen Speisehauses klagte gegen die Verwaltung bezw. den Magistrat wegen Zahlung einer Entschädigung. Die Klage wurde wegen Unzuständigkeit des Gewerbegerichts abgewiesen bezw. die Klägerin aufgefordert, Kostenersparnis halber die Klage zurückzuziehen. Ein gewerbliches Unternehmen setze jedesmal einen Gewinn für den Unternehmer voraus, nun habe ja allerdings das städtische Speisehaus einen Ueberschuß, jedoch stelle dieser keinen Unternehmergewinn dar, denn er wird wieder für das Speisehaus verwendet, dessen Zweck sei, für die ärmere Bevölkerung für billiges Geld gute und gesunde Speisen zu liefern, es sei daher als eine Wohltätigkeitsanstalt anzusehen.

* **Von der Tollwut.** Die Behandlung der von dem Altenthaler tollwütigen Jagdhunde gebissenen Personen nimmt in der Tollwutschutzstation des hiesigen Hygienischen Instituts ihren normalen Verlauf. Neue Erkrankte mit Verletzungen, die von jenem Hunde herrühren, sind bis jetzt nicht hinzugekommen. Die Zahl der überhaupt zurzeit aus Schlesien und Posen in der Station in Behandlung stehenden Personen beträgt 48.

In Schedlau, wo der aus der Breslauer Gegend stammende tollwütige Hund vom Brennereiverwalter Schwager erschossen worden ist (nicht in Falkenberg, wie seinerzeit gemeldet wurde), sind, der „Neisser Zeitung" zufolge, achtzehn Hunde als mehr oder minder verdächtig getötet worden, so daß nur noch zwei Hunde im Dorfe vorhanden sein sollen. — Mit Rücksicht auf die Gefahr der Ausbreitung der Tollwut, welche im Kreise Brieg durch Bißübertragung auf andere Hunde zu befürchten ist, ersucht höherer Anordnung zufolge Landrat von Gohler, gemäß § 20 der Bundesratsinstruktion zum Reichsviehseuchengesetz, die Ortspolizeibehörden des Kreises, sämtliche Hunde töten zu lassen, die innerhalb des Sperrgebietes frei umherlaufend getroffen werden.

In der Umgegend von Breslau sind in letzter Zeit wieder zwei tollwutverdächtige Hunde aufgetreten. Am 19. Oktober wurde in Bruschewitz, Kreis Trebnitz, ein tollwutverdächtiger Hund getötet, der sich vorher auch in Dobrischau umhergetrieben hatte. Es ist deshalb über die Ortschaften Hundsfeld, Sakrau, [illegible], [illegible], Domatschine, Sibyllenort, Dobrischau, Loßwitz, [illegible], [illegible]dorf, [illegible], Stampen und [illegible] eine, bis zum 26. Januar 1908 währende Hundesperre verhängt worden. — Am 20. [illegible] hat sich der „Lokomotive" zufolge, in [illegible], Kreis Oels, ein [illegible]

In Bischwitz, Kreis Ohlau, ein toller Hund umhergetrieben. Die am 22. Oktober über die Orte Fürsten-Ellguth und Wilhelminenor verhängten Sperrmaßregeln sind daher auf die Ortschaft Lampersdorf ausgedehnt worden.

* **Die Sammlung für die Hinterbliebenen des verunglückten Genossen Hanisch** soll geschlossen werden. Wir ersuchen daher diejenigen Genossen, welche noch im Besitze von Sammellisten sind, diese recht bald an die Expedition unseres Blattes abliefern zu wollen.

* **Ein in der Kinderwelt sehr beliebtes Büchlein,** nämlich der Tierschutz-Kalender 1908, herausgegeben vom Berliner Tierschutz-Verein, ist soeben erschienen. Im vorigen Jahre betrug die Auflage 1,600,000 Stück. Der neue Jahrgang enthält auf 48 Seiten wieder vielerlei, was die Kinderherzen erfreuen und zu gütiger Behandlung der Tiere anleiten wird. Aber auch Erwachsene werden Anregung aus dem Büchlein empfangen und es nicht unbefriedigt beiseite legen. Das Büchlein ist mit 20 Abbildungen und allerliebstem bunten Titelbild ausgestattet und sehr billig. Es kostet innerhalb Deutschlands und Oesterreichs 1 Stück zugesandt bloß 10 Pf. Für 70 Pf. sendet der Verein 10 Stück nebst 1 Frei-Exemplar; für 3 Mk. sendet er 50 Stück nebst 5 Frei-Exemplaren; für 6 Mk. volle 100 Stück nebst 10 Frei-Exemplaren. Der Berliner Tierschutz-Verein hat seinen Sitz in Berlin SW 11, Königgrätzerstraße 41.

* **Eine Abteilung für Tierschutzpolizei** in den größeren Städten fordert die „Pferdeschutzvereinigung über ganz Deutschland". Sie sagt, man hat eine Marktpolizei, eine Strompolizei, eine Sittenpolizei, — weshalb also nicht auch eine Tierschutzpolizei? Diese ist dringend nötig, um die vielen Orte der gewohnheitsmäßigen Tierquälerei, z. B. die Neubauten, Pflasterungen, Schuttabladeplätze, Pferdemärkte usw. zu kontrollieren. Heute stehen die Tierschutz-Bestimmungen meist nur auf dem Papier.

* **Vom Schwurgericht.** Die sechste ordentliche Schwurgerichtsperiode des laufenden Jahres, die am 11. November beginnen sollte, ist bis zum 2. Dezember verschoben worden, weil gegenwärtig noch nicht genug spruchreifes Material vorhanden ist.

* **Volksvorstellungen des Humboldt-Vereins.** Als Vorstellung für Minderbemittelte wird Dienstag, den 12. d. M., Abends 7½ Uhr, im Thalia-Theater Benedix' reizendes Lustspiel „Aschenbrödel" in Szene gehen. Anmeldungen auf Eintrittskarten sind — nur schriftlich — an Herrn Eugen H. Bernhard, VII, Sadowastraße 60 hpt. zu richten, bei welchem dann Montag, den 11. d. M., Vormittags 10 bis 1 Uhr (nur zu dieser Zeit) die Ausgabe der zugeteilten Karten stattfinden wird. Nur Meldungen Minderbemittelter können zu diesen Vorstellungen berücksichtigt werden.

* **Zeltgarten.** Die wilden Löwen haben die Stätte an der Neuen Gasse verlassen und andere Kräfte haben ihren Einzug gehalten. Sind es auch keine „Sterne" am Varietéhimmel, so zeigt doch die Direktion, daß sie versucht, dem Geschmacke des Publikums Rechnung zu tragen und für Unterhaltung zu sorgen. Nicht weniger als 11 Spezialitäten füllen das Programm aus, als dessen Hauptattraktion „Die goldene Venus" gelten kann. In einer Reihe von lebenden Bildern werden die Schönheiten der plastischen Kunst dargestellt, die den lebhaften Beifall der Zuschauer hervorrufen. Ein oberbayerisches Gesangs- und Tanz-Ensemble bringt gute Heimatsgesänge und den bekannten „Schuhplattler"-Tanz exakt zur Aufführung. Die übrigen Künstler stellen alle wacker ihren Mann, besonders hervorheben wollen wir trotzdem die jugendliche Drahtseilkünstlerin Mlle. Jeanette und das Guston-Trio mit seinem Bühnen-Luft-Akt. Neue Bioskop-Bilder und gute musikalische Piecen unter Leitung des Kapellmeisters Herrn Obier vervollständigen das Programm.

* **Eine aufregende Szene** spielte sich Sonntag Abend im Lobe-Theater bei der ersten Wiederholung der drei Felix Saltenschen Einakter „Vom anderen Ufer" ab. Im zweiten dieser Stücke, „Der Ernst des Lebens", verließ in der großen Abrechnungsszene zwischen dem jungen Gutsbesitzer Frhrn. v. Neustift und seinem früheren Hauslehrer und jetzigen Schwager Dr. Hopfner, als die Todesangst des berühmten Arztes ihren Höhepunkt erreicht hatte und sich das Bekenntnis seines tödlichen Hasses gegen die ganze Familie v. Neustift von seinen Lippen rang, eine Dame mit allen Anzeichen größter Erregung ihren Platz in der Proszeniumsloge und brach, kaum daß sich die Türe hinter ihr geschlossen, in einen furchtbaren Weinkrampf aus, so daß ihr lautes Schreien das ganze Theater durchhallte. Da ärztliche Hilfe sofort zur Stelle war, gelang es, nach der „Bresl. Ztg." bald, die Patientin zu beruhigen. Die Vorstellung erlitt durch diesen Zwischenfall glücklicherweise keinerlei Störung.

† **Verschwundenes Schulmädchen.** Vermißt wird seit dem 2. d. M. das 10 Jahre alte Mädchen Helene Hoffbauer, Bärenstraße 11.

† **Im Zoologischen Garten gestorben.** Am 3. d. M. verstarb im Zoologischen Garten ein Piastenstraße 1 wohnender Rechnungsrat infolge eines Herzschlages. Die Leiche wurde in die Anatomie geschafft.

† **Die Luftschaukel.** Am 3. d. M., Nachmittags, stürzte ein 13 Jahre alter Knabe auf der Rhedigerstraße aus einer Luftschaukel und schlug so heftig auf, daß er innere Verletzungen und Kopfwunden erlitt.

† **Unglücksfälle.** Am Sonntag versuchte auf der Ohlauerstraße eine Lehrerin einen Straßenbahnwagen während voller Fahrt zu besteigen, kam jedoch zu Fall und blieb besinnungslos liegen. Die Verunglückte wurde dem Allerheiligenhospital zugeführt. — Ein Kaufmann wurde auf der Gartenstraße durch einen Schlosser mit dem Fahrrad umgerissen und erlitt einen Bruch des rechten Armes.

† **Auto und Omnibus.** Am 3. d. Mts. stießen auf der Ohlauerstraße ein Omnibus und eine Kraftdroschke zusammen, in letzterer wurde eine Scheibe zertrümmert.

* **Fahrraddiebstahl.** Dem Vertrauensmann des Fabrikarbeiterverbandes Gustav Sack in Klettern wurde am Sonnabend, den 2. d. M., Abends zwischen 10 und 11 Uhr, im Lokale von Thamm in Klettendorf das Fahrrad gestohlen. Dasselbe trägt die Nummer 119,861 Halbrenner, Marke „Apollo". Vorderer Rahmenbau 10 Zentimeter. Das Rad hatte gelbe Felgen mit 2 schwarzen Streifen.

† **Diebstähle.** Einer Haushälterfrau wurde auf dem Neumarkt aus der Schürzentasche eine silberne Remontoiruhr, Nr. 8977, in ein E. R. gezeichnetes Taschentuch eingehüllt, gestohlen. — Am 2. d. Mts. wurde auf der Kreuzstraße einem Herrn ein Fahrrad, Marke „Ariont" Nr. 108,357 gestohlen.

† **Verscheuchter Einbrecher.** In der Nacht zum 2. d. M. wurde ein Einbruch in eine Restauration auf der Kirchstraße versucht. Eine Tür wurde stark beschädigt und in eine Scheibe wurde ein Loch geschnitten. Der Einbrecher ist rechtzeitig verscheucht worden.

Aus Schlesien und Posen.

Eine verunglückte Polizeiaktion.

Recht oft haben oberschlesische Polizeibehörden sich durch die ordentlichen Gerichte sagen lassen müssen, daß das preußische Vereins- und Versammlungsrecht auch für Oberschlesien gilt und daß Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten nicht erörtert werden, der Meldepflicht nicht unterliegen. Davon schien man bisher in Königshütte nichts erfahren zu haben, wenigstens läßt das bisherige Verhalten des Polizei-Kommissars Segeth darauf schließen. Fanden sich da irgend ein paar Mann zusammen, um geschäftlich etwas zu erledigen oder vielleicht einen harmlosen Vorgang zu besprechen, dann gab's, sowie der Herr Kommissar dieses erfuhr, sofort Strafmandate wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes vom 11. Mai 1850. Aber es sollte bald anders kommen. Im Frühling dieses Jahres hatten die Einzelmitglieder des Metallarbeiter- und des Bergarbeiterverbandes Wahlen der Delegierten zu den General-Versammlungen. Je drei Beauftragte einer Organisation saßen an einem Tisch, von denen der eine das Mitgliedsbuch revidierte, der zweite den Stimmzettel in Empfang nahm und der dritte die vollzogene Wahl im Mitgliedsbuche vermerkte. Die Mitglieder kamen, gaben ihre Stimmzettel ab und entfernten sich; andere verweilten auch einen Augenblick, um sich mit Kollegen zu unterhalten. In dieser Handlung erblickte Herr Segeth eine Verletzung des Vereinsgesetzes; die Wahl der Bergarbeiter konnte nicht zu Ende geführt werden, sondern wurde aufgelöst. Die Metallarbeiter konnten, da der Herr Kommissar diesen staatsgefährlichen Vorgang etwas spät erfuhr, ihre Wahlen beenden. Wer aber nun glaubte, daß die Sache hiermit erledigt sei, war im Irrtum. Es währte nicht lange und die sechs Sünder wurden vor Gericht gestellt, jedenfalls um exemplarisch, noch über den Rahmen der Polizeibefugnis hinaus, bestraft zu werden. Die Angeklagten lehnten im ersten Termin den Vorsitzenden des Schöffengerichts, Amtsrichter Donner, wegen Befangenheit ab. Nachdem das Landgericht zu Beuthen OS. die Ablehnung als unbegründet zurückgewiesen, weil, wie es begründend ausführte, „der Amtsrichter selber sich nicht für befangen hält", kam die Sache erneut unter dem Vorsitz eines anderen Richters zur Verhandlung. Diesmal wurde die Sache vertagt und den Angeklagten zur Pflicht gemacht, die Nr. 8 der Metallarbeiter-Zeitung mit dem darin abgedruckten Wahlreglement und den Bekanntmachungen des Vorstandes des Metallarbeiter-Verbandes binnen acht Tagen dem Gericht einzureichen. Dieses geschah. In der letzten Sitzung, in der wieder Amtsrichter Donner den Vorsitz führte, wurde zunächst das Wahlreglement verlesen. Kommissar Segeth als Zeuge schildert seine Wahrnehmungen. Reden seien nicht gehalten worden. Er verliest dann mehrere Notizen, darunter auch eine, daß Abstimmungen öffentliche Angelegenheiten seien, muß sich aber vom Vorsitzenden bedeuten lassen, daß die Wahlen von Delegierten nicht Abstimmungen für öffentliche Angelegenheiten seien. Auch eine Anzahl von Zeugen, die vernommen werden, vermögen den Wahlen den Charakter einer Versammlung nicht zu geben.

Doch noch einmal leuchtet der Hoffnungsstern. Zeuge G. vom Vorsitzenden befragt, ob Reden gehalten seien, antwortet: Ja! Unter großer Spannung, die dann in stürmische Heiterkeit aufgeht, erzählt der Biedere: Der Wahlleiter habe erklärt er habe großen Durst, worauf er, der Zeuge, sofort etwas zu trinken habe holen lassen.

Nach dieser Beweisaufnahme beantragt der Amtsanwalt die Freisprechung der Angeklagten, die auch erfolgt. Die Kosten werden der Staatskasse auferlegt.

Trebnitz, 5. November. Hoher Besuch! Wie die Blätter melden, soll sich Graf Kuno von Moltke, „berühmt" geworden aus seinem Prozeß mit Harden, in Groß-Peterwitz aufhalten, wo er in seinem Schlosse in völliger Zurückgezogenheit leben will. Die Ruhe wird ihm zu gönnen sein, ob aber Schlesien die Ehre zu schätzen wissen wird?

Reichenbach, 5. November. Zu den Stadtverordnetenwahlen, die gestern stattfanden, nahmen zum ersten Male die Sozialdemokraten selbständig Stellung. Von 2068 Wahlberechtigten der 3. Klasse übten 576 ihr Wahlrecht aus. Auf jeden der sozialdemokratischen Kandidaten entfielen 252 Stimmen. Gewählt wurden die Kandidaten der bürgerlichen Parteien Vorschußvereinsrendant Werk (323 Stimmen), Baumeister Georg Klatt (320 Stimmen), Bäckermeister Rieger (323 Stimmen). In Stichwahl kommen Drechslermeister Blaschke (bürgerliche Partei) mit 352 und Lagerhalter Hupka (Sozialdemokrat) mit 253 Stimmen. Weitere Einzelheiten bringen wir morgen. Jedenfalls ist ein Erfolg von unserer Seite zu verzeichnen, der zu weiteren Kraftanstrengungen ermutigt.

Hirschberg, 5. November. Mord? Gestern früh ist in Petersdorf im Riesengebirge die Arbeitersfrau John tot in ihrem Bette aufgefunden worden. Da sie Abends mit ihrem im trunkenen Zustande heimkehrenden Manne einen heftigen Streit gehabt hat und dieser flüchtig ist, wird angenommen, daß der Ehemann seine Frau erdrosselt hat. John war früher in einer Trinkerheilanstalt untergebracht, verfiel aber bald nach seiner Entlassung wieder in sein altes Uebel.

Glatz, 5. November. Unglücksfall mit tödlichem Ausgang. Am Sonntag Nachmittag gegen 6 Uhr wurden Bewohner des Hauses Baderberg 2 durch lautes Kindergeschrei, das aus der Stube des Arbeiters Hahn drang, aufmerksam gemacht. Sie eilten in die Stube und fanden den 3 Jahre alten Sohn Wilhelm des Hahn furchtbar verbrannt vor. Da die Mutter abwesend war, liegt die Annahme nahe, daß das verletzte Kind mit noch einem andern anwesenden 5 Jahre alten Kinde mit Streichhölzern, die auf dem Tische lagen, gespielt hat, wodurch der Brand entstanden ist. Das verbrannte Kind, welches etwas krank war, lag im Kinderwagen, der ebenfalls brannte. Später wurde das Kind im Krankenhause untergebracht, wo es am Montag früh 7 Uhr seinen Brandwunden erlag.

rr. **Neustadt OS.,** 5. November. Unglücksfall mit tödlichem Ausgange. Der in der Buschmühle zu W.-Kunzendorf bedienstete Kutscher Babelt verunglückte dadurch, daß er, als er auf der abschüssigen Straße mit dem schwer beladenen Wagen an einen Chausseestein anfuhr, infolge der Erschütterung vom Wagen fiel und beim Ueberfahren durch denselben so schwere Verletzungen erlitt, daß er trotz baldiger ärztlicher Hilfe am nächsten Morgen verstarb. Der Verunglückte steht in den dreißiger Jahren und hinterläßt eine Frau mit mehreren unversorgten Kindern.

Beuthen OS., 5. November. Bergmanns Tod. Dem auf der Heinitzgrube angelegten Pferdeführer Schwarz fiel eine schwere Kuppelungskette auf den Kopf. Schwarz erlitt dadurch einen Schädelbruch, der nach kurzer Zeit den Tod des noch jungen Mannes zur Folge hatte.

Kattowitz, 4. November. Ueber den Grenzverkehr wird der „Br. Ztg." geschrieben: Im vollkommensten Widerspruch zu den Bestrebungen nach Erleichterung des deutsch-russischen Grenzverkehrs stehen die Erfahrungen, die dem Reisenden täglich aufstoßen. Schon der Abgang des Zuges von der Station Kattowitz gibt Anlaß zu bitterer Klage. Ein Zug soll fahrplanmäßig um 1,40 Nachmittags abgehen, hat aber annähernd regelmäßig eine Verspätung von mindestens 15 Minuten. Der Reisende kommt also in Sosnowice um eine Viertelstunde später an. Wenn er mit dem nächsten Zuge um 3,16 zurückfahren will, so müßte ihm nach menschlicher Berechnung wenigstens eine Stunde Zeit für die Erledigung seines Geschäftes verbleiben. Dem ist aber auch nicht so, vielmehr muß er spätestens schon um 3 Uhr auf dem Bahnhofe sein. Um diese Zeit werden nämlich alle Ausgangstüren abgeschlossen und der Reisende hat das Vergnügen, den heimatlichen Zug eine halbe Stunde lang (die auch hier obligatorische Verspätung) vor sich zu sehen, ohne ihn besteigen zu können. Der nächste Zug nach Kattowitz geht aber erst um 6,39 Abends, so daß der Reisende ganze drei Stunden unfreiwilligen Aufenthalts in der schönen Grenzstadt Sosnowice genießt.

Hier bietet sich der Kattowitzer Eisenbahndirektion die Gelegenheit, eine Erleichterung des Verkehrs anzustreben. Nach Beseitigung der fast täglichen, lästigen Verspätung des Zugabganges in Kattowitz selbst müßte sie sich mit der Sosnowicer Behörde wegen der Paßabstempelung und Perronsperrung in Verbindung setzen. Die Paßabfertigungsstelle müßte bis zum letzten Glockenzeichen, das für die Abfahrt nach Kattowitz gegeben wird, geöffnet bleiben, und auch die Ausgangstüren nach dem Perron dürften erst nach diesem Zeichen geschlossen werden. Die Paßrevision, deren Notwendigkeit gar nicht bestritten werden soll, brauchte durchaus nicht darunter zu leiden, da sich die nach Beginn der Revision eintreffenden Reisenden dem russischen Offizier zwecks Durchsicht der Pässe besonders vorstellen könnten. Jedenfalls sind die jetzt herrschenden Zustände, die zweifellos auch auf allen anderen deutsch-russischen Grenzstationen bestehen, unhaltbar und der im Zeichen des Verkehrs stehenden Jetztzeit durchaus unwürdig.

Hohensalza, 5. November. Hauptmanns Ende. Aus unbekannten Gründen hat sich gestern hier der Hauptmann Herfart von der ersten Batterie des 53. Feld-Artillerie-Regiments erschossen. Als Grund zur Tat wird hochgradige Nervosität angenommen.

Rawitsch, 5. November. Die letzte Wahlvereinssitzung, die trotz Handzettelverbreitung nur schwach besucht war, beschäftigte sich mit der Bezirkseinteilung. Es wurde beschlossen, die Stadt in vier Bezirke einzuteilen, in welchen 8 Bezirksführer tätig sein sollen. Um mehr Leben in die Bewegung zu bringen, soll jeden ersten Sonntag im Monat eine Versammlung stattfinden, in welcher nach Möglichkeit politische Vorträge gehalten werden sollen. Hoffentlich zeitigt diese Maßnahme den gewünschten Erfolg.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Den Reisenden, welche mit dem Hirschberger Abendzuge die Station **Mettkau** passierten, bot sich ein schaurig-schönes Schauspiel: in dem nur fünf Kilometer entfernten Wenig-Mohnau stand die Stärkefabrik in hellen Flammen. Deutlich sah man den glühenden Feuerherd, aus dem riesige Funkengarben emporschossen, und intensiv beleuchtete Rauchwolken zogen am dunklen Himmel hin. Nach den Mitteilungen der Bahnbeamten war der Brand etwa vor einer Stunde, also gegen 7¼ Uhr, ausgebrochen. — In **Mittelwalde** (Kreis Habelschwerdt) wird berichtet: In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag wurde mit Nachschlüssel in die Sakristei der hiesigen evangelischen Kirche eingebrochen. Die Diebe stahlen die Abendmahlsgeräte. Es fehlt jede Spur. — In **Löwenberg** wurde die Bevölkerung und die der ganzen Umgebung plötzlich durch einen mächtigen Feuerschein in Schrecken versetzt. Man mußte Großfeuer annehmen. Es brannte der Trockenschuppen der an den Ziegelmeister Wiesenhütter verpachteten am „Buchholz" gelegenen Stadtziegelei. Das Feuer, welches auf dem mit großen Heu- und Strohvorräten gefüllten Bodenraume ausgebrochen war, legte das Gebäude so schnell in Asche, daß die aus der Stadt und den sämtlichen umliegenden Dörfern herbeigeeilten Spritzen sich nur auf die Erhaltung der Nebengebäude, die auch schon zu brennen begannen, beschränken konnten. — Obgleich neue Erkrankungen an Scharlach in **Pleß** in der letzten Woche nicht bekannt geworden sind, sind das königliche Gymnasium und die beiden königlichen Präparandenanstalten auf vorläufig vierzehn Tage geschlossen worden. Es sind noch etwa 20 Kinder krank, die sich auf dem Wege der Genesung befinden. — In **Niedane,** Kreis Ratibor, haben einige Teilnehmer am Erntefeste des [illegible] Dominiums den Gemeindenachtwächter überfallen und durch Messerstiche arg zugerichtet. Am vorigen Sonntag geriet der Arbeiter Bulenda mit einem russischen Arbeiter, der ohne Papiere und unter falschem Namen sich daselbst aufgehalten haben soll, in Streit, in dessen Verlauf der Russe seinem Gegner ein Messer in die Schläfe stach. Nach drei Tagen war Bulenda eine Leiche. — In **Rosdzin** wurden zwei dort ansässige Pferdehändler, Kolodziej und Jenderko, unter dem Verdachte verhaftet, mit den drei österreichischen Bankräubern, deren einer in Kattowitz festgenommen wurde, Verbindungen unterhalten zu haben, weil sie von dem Banddiebstahl herrührende Münzen in Umlauf setzten. Sie wurden hierbei gebracht und dem verhafteten Sobolewski gegenübergestellt, den sie als denjenigen wiedererkannten, von dem sie die Münzen erhalten hatten.

Aus den Gerichtssälen.

Urkundenfälschung.

Vor der Breslauer Strafkammer hatte sich der Kontorist W. zu verantworten. Er war längere Zeit bei einer hiesigen Firma beschäftigt gewesen, bei der Ortskrankenkasse aber nicht angemeldet worden, da er der Krankenkasse des Breslauer Handlungsgehilfen-Vereins von 1774 angehörte. Um sich vor etwaigen Unannehmlichkeiten zu schützen, prüfte der Inhaber der Firma von Zeit zu Zeit die Mitgliedsbücher seiner Angestellten, die einer freien Hilfskasse angehörten. Als er eines Tages wieder einmal verlangte, daß die Bücher mitgebracht würden, war W. bereits für zwei Quartale den Beitrag schuldig und weil er deshalb seine Entlassung befürchtete, fälschte er das Buch, indem er selbst zwei Quartalsquittungen nachtrug. Dafür ist er jetzt zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden, die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden.

Vom polizeilichen Streikarbeiterschutz.

Einige durch das Reichspreßgesetz [illegible] Bestimmungen des alten preußischen Preßgesetzes, die selbst nach gelegentlichen höchstrichterlichen Aussprüchen sich mit dem Geist der Zeit nicht mehr vertragen, müssen u. a. auch dazu herhalten, Streikbrecher vor dem „sozialistischen Gifte" zu bewahren. Charakteristisch ist der folgende Fall, der jetzt das Kammergericht beschäftigt hat. Am 16. April 1907 war auf dem Bahnhof zu Wandsbeck ein größeres Aufgebot von Schutzleuten anwesend, um zu verhindern, daß „sozialdemokratische Flugblätter an die in den Zügen ankommenden Arbeitswilligen verteilt würden", wie die Behörde sich ausdrückte. Als ein Zug einlief, sah ein Kriminalschutzmann, daß der Arbeiter Höltge, der ein mit einem Baumwollenfaden umwickeltes Paket trug, ein oder mehrere Flugblätter in ein Abteil 4. Klasse hineinwarf. [illegible] riß der Kriminalbeamte die Waggontür auf und entriß schleunigst einem polnischen Arbeiter das Flugblatt, das er in Händen hatte. Weitere Flugblätter sah er nicht.

Höltge wurde nun wegen Uebertretung der §§ 10 und 41 des preußischen Preßgesetzes angeklagt, weil er an einem öffentlichen Orte Druckschriften verteilt habe, ohne im Besitze einer polizeilichen Erlaubnis zu sein. Das Landgericht Altona als Berufungsinstanz verurteilte ihn auch zu einer Geldstrafe auf Grund der genannten Paragraphen. Das Landgericht meinte, auf den Inhalt der Blätter komme es gar nicht an und auch nicht darauf, daß nur ein Flugblatt als verteilt direkt nachgewiesen sei. Allem Anschein nach hätte H. mit dem Verteilen aufgehört, als er sich ertappt sah. In dem Hineinreichen auch nur eines Flugblattes in ein besetztes Abteil eines auf dem Bahnsteig haltenden Zuges sei ein öffentliches Verteilen zu erblicken. Der Bahnsteig sei ein öffentlicher Ort und ein Verteilen liege vor, weil H. das eine Blatt einem größeren Kreise von Personen zugänglich machte. Denn der eine, der es erhalte, gebe es, wie bekannt sei, nach dem Lesen weiter. Anzunehmen wäre auch, daß Angeklagter nur durch das Dazwischentreten des Beamten veranlaßt worden sei, seine Absicht des Weiterverteilens aufzugeben.

Auf die Revision des Angeklagten hob das Kammergericht in Berlin das Urteil des Landgerichts zwar auf, sprach H. aber nicht frei, sondern verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Da der Ort, wo Angeklagter stand, selbst kein geschlossener Raum sei, so sei mit Recht ein öffentliches Verteilen angenommen worden. Aber zweierlei habe das Landgericht übersehen. Erstens sei der Inhalt der Druckschrift durchaus nicht gleichgiltig. Der § 30 des Reichspreßgesetzes halte das Recht der Landesgesetzgebung, Vorschriften über das öffentliche Verteilen von Druckschriften zu erlassen, nur aufrecht, soweit es sich um Bekanntmachungen, Plakate und Aufrufe handelt, und auch nur soweit, als ein unentgeltliches Verteilen in Frage kommt. Nur für ein solches öffentliches Verteilen derartiger Druckschriften hätte H. der polizeilichen Erlaubnis nach § 10 des preußischen Preßgesetzes bedurft. Das Landgericht müsse darum nachprüfen, ob H. unentgeltlich tätig war und ob es sich um Bekanntmachungen, Plakate oder Aufrufe handelte. Deshalb die Zurückweisung an das Landgericht.

Literatur.

Größe und Niedergang Roms von Guglielmo Ferro. Erster Band: Wie Rom Weltreich wurde. Zweiter Band: Julius Cäsar. Preis eines Bandes broschiert 4 Mk., geb. 5 Mk. Verlag von Julius Hoffmann, Stuttgart.